

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Hans Kohler,
Lutz Reyher, Eugen Spitznagel

Zur Arbeitsmarktentwicklung 1984/85:
Entwicklungstendenzen und Strukturen

18. Jg./1985

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur Arbeitsmarktentwicklung 1984/85: Entwicklungstendenzen und Strukturen

Autorengemeinschaft*)

Trotz des starken, vor allem aber witterungsbedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit am Anfang dieses Jahres rechnen wir für 1985 im *Vorjahresvergleich* weiterhin mit einem *leichten Rückgang der Arbeitslosenzahl* (auf 2,12-2,20 Mio.). Dabei wird, wie schon im Herbst vorigen Jahres, von einem Spektrum vorliegender Sozialproduktsprognosen für 1985 ausgegangen, das von + 2% bis + 3% reales Wachstum reicht.

Im vorliegenden Beitrag werden – ergänzend zur Einschätzung der globalen Arbeitsmarktentwicklung – wichtige Einzelaspekte, auch unter methodischen und konzeptionellen Gesichtspunkten, näher behandelt.

Nach wie vor wird die Arbeitsmarktlage und -entwicklung von einem steigenden Angebot an Arbeitskräften belastet. Zwar steigt das *Erwerbspersonenpotential* 1985 insgesamt nur geringfügig an (+ 20 000 Personen). Ohne die Vorruhestandsregelung und die Rückkehrförderung ausländischer Arbeitnehmer wäre der Anstieg jedoch weitaus höher ausgefallen, und auch noch in den nächsten Jahren ist überwiegend aus demografischen Gründen mit einem weiteren Zuwachs zu rechnen.

Die differenzierte Neuberechnung des Potentials durch das IAB erlaubt nun auch mehr Einblick in die *Struktur der Stillen Reserve*. Unter gewissen Annahmen sind von den für 1984 errechneten 1,35 Mio. Personen dieser Gruppe schätzungsweise 750 000 als kurzfristig „arbeitsmarktnah“ einzustufen. Mittelfristig ist die Stille Reserve allerdings in voller Höhe relevant.

Kurzfristige Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur werden von einem sehr ausgeprägten *langfristigen Strukturwandel* überlagert. So ist z. B. der Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe seit Anfang der 70er Jahre prozentual ebenso groß und in absoluten Zahlen noch weitaus größer gewesen als im Baugewerbe.

Frauen haben im Zusammenhang mit ihrer (auch in Zukunft zu erwartenden) größeren Erwerbsneigung seit langem eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, konnten aber ihren Anteil an den Erwerbstätigen ausweiten. Bei den Arbeitnehmern haben sich Verschiebungen vor allem zu Lasten der *Ausländer*, nach der Stellung im Beruf zugunsten der Gruppe der *Angestellten* und Beamten ergeben.

Die *Dauer und das Gefüge der Arbeitszeit* sind vor allem durch die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres verstärkt in Bewegung gebracht worden. Hierbei zeichnen sich erhebliche Probleme der statistischen Erfassung dieser Veränderungen ab. Zur Frage der Arbeitsmarktbelastung durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit werden plausible Annahmen getroffen, die aber – insbesondere im Hinblick auf die in den jüngsten Tarifverträgen auch enthaltene Flexibilisierung und Differenzierung – weiterer Überprüfung bedürfen.

In *gesamtfiskalischer Betrachtung* kostete jeder Arbeitslose 1984 rd. 24 000 DM pro Jahr. Selbst wenn nur die *unmittelbaren* Entlastungswirkungen einbezogen werden, finanzieren sich die *Kosten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* bereits zu 71% durch Minderausgaben und Mehreinnahmen, bei Einbeziehung auch der mittelbaren Wirkungen beträgt diese Quote etwa 96%. Bei der Förderung von *Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung* beträgt in gleicher Perspektive die Selbstfinanzierungsquote 73%. Bei beiden Rechnungen sind längerfristige Wirkungen (Erhöhung der durchschnittlichen Qualifikation des Arbeitskräftepotentials, Verbesserung der Infrastruktur, Verminderung langfristiger Soziallasten) noch gar nicht berücksichtigt.

Von einem auch nur halbwegs ausgeglichenen Arbeitsmarkt sind wir noch weit entfernt. Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Gegensteuerung vielfältiger Art bleibt daher geboten.

1. Zur Arbeitsmarkt-Vorausschätzung für 1985

Seit dem redaktionellen Abschluß unserer in Heft 4/84 der MittAB veröffentlichten Vorausschätzung für 1985¹⁾ sind 3 Monate vergangen, Zeit genug für die Frage, ob die inzwischen hinzugekommenen Informationen über die Arbeitsmarktentwicklung eine Revision jener Vorausschätzung nahelegen.

Insgesamt ist dies trotz des starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Januar und im Februar wohl nicht der Fall. Die bis zur Jahreswende veröffentlichten Einschätzungen des realen Wirtschaftswachstums gelten nach wie vor. Die Bundesregierung rechnet im Jahreswirtschaftsbericht mit 2/2% Zuwachs, hält jedoch auch eine etwas stärkere Zunahme für realisierbar.

Auch bei den unmittelbar arbeitsmarktbezogenen Größen und Indikatoren bedarf es keiner Korrektur²⁾ (Übersicht I und Anhang – Tabelle 1). Auf der Seite des Arbeitskräfteangebots wird die Annahme über die weitere Entwicklung der Wanderungsbewegungen durch jüngste Informationen bestätigt: Für das 3. Quartal 1984 zeigt sich im Gefolge der Rückkehrförderung ein Abwanderungsschub in einer Größenordnung, wie er hier auch unterstellt worden war.

*) Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Hans Kohler, Lutz Reyher, Eugen Spitznagel. Die Autoren sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 28. Februar 1985

¹⁾ Vgl. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1984 und 1985, in: MittAB 4/1984

²⁾ Geringfügige Veränderungen ergeben sich lediglich wegen der jüngsten Revision der Erwerbstätigenzahlen für 1983 und 1984 durch das Statistische Bundesamt.

Neuere Informationen hierzu liegen noch nicht vor. Skepsis scheint allerdings angebracht im Hinblick auf die Vorruhestandsregelung, die zu Beginn des Jahres weitaus weniger als zunächst erwartet in Anspruch genommen wurde.

Auf der anderen Seite ist bislang auch keine Korrektur der Annahmen über die Entwicklung von Produktivität und effektiver Jahresarbeitszeit angezeigt (vgl. Tabellen 1 und 2). Die relativ starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit im Januar ist weitgehend auf Sonderfaktoren (Steinkohlenbergbau und Baugewerbe) zurückzuführen. Nach wie vor ist im Rahmen der vorliegenden Wirtschaftsprognosen mit einem leichten Anstieg der Erwerbstätigenzahl im Jahresverlauf wie im Jahresdurchschnitt 1985 zu rechnen.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit folgte im Dezember zunächst noch der Linie, die seit dem Herbst 1984 zu beobachten war, saisonbereinigt nahm die Zahl weiterhin leicht ab. Die Arbeitslosenzahl vom Januar – mit 2,619 Mio. lag sie effektiv um rund 3% über dem Vorjahr und stellt damit erneut eine absolute Höchstzahl seit 1948 dar – fällt nun aus dieser Entwicklungslinie heraus:

Das von der BA (wie auch von der Bundesbank) verwendete Saisonbereinigungsverfahren weist eine bereinigte Zahl aus, die um fast 50 000 höher liegt als im Monat davor. Dabei ist zu bedenken, daß in diesem Verfahren zunächst ein Winterauschlag unterstellt wird, wie er im *Durchschnitt* der letzten Jahre im Januar tatsächlich stattgefunden hat. Unstrittig ist nun sicher, daß sich die Witterungsbedingungen im Januar

dieses Jahres beträchtlich von denen der vergangenen Jahre unterschieden haben. Derartige außergewöhnliche Verhältnisse werden aber von keinem Saisonbereinigungsverfahren als solche erkannt und verarbeitet. Demzufolge kommt es in solchen Fällen auch zu entsprechenden Ausschlägen in der Kurve der saisonbereinigten Werte. Fraglich ist allein, ob die für den Januar ausgewiesene Abweichung von dem bisherigen Entwicklungspfad der saisonbereinigten Reihe in voller Höhe diesem Faktor zugeschrieben werden kann, oder ob sich dahinter ein Gemisch aus ungewöhnlichen Witterungseinflüssen und auch aus anderen Faktoren verbirgt.

Dies ist bei der gegebenen Datenlage nicht eindeutig zu klären. Mehrere Indikatoren deuten allerdings darauf hin, daß der Saisoneinfluß ein sehr starkes Gewicht in dieser Entwicklung hatte:

- Zunahme der Arbeitslosigkeit fast ausschließlich bei männlichen Arbeitern,
- sprunghafter Anstieg in der Zahl der ausgefallenen Tagewerke im Zusammenhang mit der Schlechtwettergeldregelung,
- spürbare Zunahme der Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter unter den Leistungsempfängern der BA.

Zudem ist zu beachten, daß die Bauberufe am Saisonauschlag (Differenz zwischen effektiver und saisonbereinigter Zahl von Arbeitslosen) im Januar gewöhnlich nicht mehr als ein Viertel bis ein Drittel ausmachen. Der überwiegende Teil

Übersicht 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1985

Jahresdurchschnitt	Bruttoinlandsprodukt (real)	Stundenproduktivität	Arbeitsvolumen	Tägl. Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Arbeits-tageeffekt	Jährl. Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Erwerbstätige			Erwerbspersonen (Potential)			Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve		
							Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder	Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder	Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder	Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

1983		+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	- 1,6	- 1,3	- 4,6	+ 0,7	+ 1,0	- 2,2	+ 23,2	+ 23,9	+ 18,7	+ 20,0	+ 24,0	- 8,5
1984		+ 2,6	+ 3,1	- 0,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	± 0,0	- 3,2	+ 0,6	+ 0,9	- 3,1	+ 0,4	+ 1,5	- 7,5	+ 20,0	+ 21,1	+ 9,3
1985	Variante I	+ 2	+ 3	- 1	- 0,8	- 0,7	- 1,5	+ ½	+ 0,5	- 0,7	+ 0,1	+ 0,3	- 2,3	- 2,9	- 1,8	- 11,1	- 1,0	- 0,6	- 6,0
	II	+ 3	+ 3½	- ½	- 0,5	- 0,7	- 1,2	+ 1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3	- 1,9	- 6,4	- 5,3	- 14,8	- 5,4	- 4,6	- 14,5

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 -

1983								- 405	- 318	- 87	+ 210	+ 264	- 51	+ 425	+ 379	+ 46	+ 190	+ 200	- 10
1984								- 56	+ 2	- 58	+ 180	+ 250	- 70	+ 8	+ 30	- 22	+ 228	+ 218	+ 10
1985	Variante I							+ 100	+ 113	- 13	+ 20	+ 70	- 50	- 66	- 36	- 30	- 14	- 7	- 7
	II							+ 250	+ 233	+ 17	+ 30	+ 70	- 40	- 146	- 106	- 40	- 74	- 57	- 17

- Bestand (in 1000 Personen) -

1983								25 167	23 343	1 824	28 565	26 342	2 223	2 258	1 966	292	1 140	1 033	107
1984								25 111	23 345	1 766	28 745	26 592	2 153	2 266	1 996	270	1 368	1 251	117
1985	Variante I							25 211	23 458	1 753	28 765	26 662	2 103	2 200	1 960	240	1 354	1 244	110
	II							25 361	23 578	1 783	28 775	26 662	2 113	2 120	1 890	230	1 294	1 194	100

Quelle: Eigene Berechnungen.

der Winterarbeitslosigkeit im Januar tritt üblicherweise also in anderen Wirtschaftsbereichen auf. Davon ist aber ein Teil indirekt auch von der Bautätigkeit abhängig und ein weiterer Teil ebenfalls von der Witterung beeinflusst (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau).

Eine gewisse Unsicherheit verbleibt dennoch. Die Situation in der Bauwirtschaft ist ja gegenwärtig auch stark von Auftragsmangel geprägt, und die Perspektiven für das laufende Jahr sind keinesfalls besser. Nach vorliegenden Schätzungen wird das reale Bauvolumen den Vorjahreswert wohl deutlich unterschreiten. Es ist daher nicht auszuschließen, daß sich der nachfragebedingte Rückgang der Beschäftigung im Baugewerbe nun – nach Ablauf des Fertigstellungstermins der Investitionszulagen-Regelung zur Jahreswende – tendenziell beschleunigt. Eine mögliche Quelle weiterer Unsicherheit liegt gegenwärtig auch in der Entwicklung der Automobilproduktion. Ob sich hier im Gefolge der Katalysator-Diskussion ein andauernder Nachfrigestau bildet, der schließlich auch die Produktion behindert, wird sich erst in den nächsten Monaten erweisen.

Sollte beides zusammentreffen – anhaltende oder gar verstärkte Schwäche in der Baunachfrage und Störungen im Automobilbau ohne Gegengewicht in anderen Nachfragebereichen – dann bedürften wohl auch die Sozialproduktvorausätzungen einer entsprechenden Revision. Es könnte dann auch nicht mit jenem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet werden, wie er hier im Dezember noch für realistisch gehalten worden ist. Bislang liegen derartige Revisionen der Sozialproduktprognosen jedoch nicht vor. Demzufolge halten wir unsere Einschätzung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1985 aufrecht.

2. Ausblick auf die kommenden Jahre

Die Unterbeschäftigung hat sich schon 1984 kaum mehr verschlimmert. Für 1985 wird hier sogar eine leichte Besserung erwartet. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt zur Mitte der 80er Jahre bleibt aber äußerst bedenklich. Die Verfehlung des Beschäftigungsziels in der Bundesrepublik Deutschland ist so ausgeprägt wie nie zuvor. Die gegenwärtigen Wirtschaftsperspektiven für den Rest des Jahrzehnts (reales Bruttoproduktwachstum von 2½% jährlich) liegen in der Nähe der Beschäftigungsschwelle.

Das Potential steigt aber noch weiter an. Es bleibt abzuwarten, wie die gesetzlichen und tariflichen Vorruhestandsregelungen angenommen werden und welchen Verlauf die Zu- und Abwanderungen der Ausländer weiterhin nehmen. Günstigenfalls kann der Potentialanstieg auch über 1985 hinaus kompensiert werden, ja sogar mehr als das. Sicher ist dies indessen nicht. Im großen und ganzen wird sich ohne zusätzliche Impulse am Ausmaß der Unterbeschäftigung vorerst nicht viel ändern.

Nicht sehr wahrscheinlich ist zudem eine stetige Wirtschafts- und damit Beschäftigungsentwicklung. Mit zyklischen Schwankungen muß nach wie vor gerechnet werden, ganz abgesehen von nicht auszuschließenden weltwirtschaftlichen Turbulenzen. Schon eine erneute Stagnation der wirtschaftlichen Aktivität würde aber der Arbeitslosigkeit einen weiteren Schub auf ein deutlich höheres Niveau verleihen, von dem dann abermals wieder nur schwer herunterzukommen ist.

Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Gegensteuerung jeglicher Art bleibt daher geboten. Von einem auch nur

halbwegs ausgeglichenen Arbeitsmarkt sind wir noch weit entfernt.

3. Zu den nachfolgenden Beiträgen

Der Gegenstand der an dieser Stelle regelmäßig vorgelegten kurzfristigen Arbeitsmarktanalyse und -Vorausschätzung ist im Zuge der nun schon mehr als 10 Jahre andauernden Arbeitsmarktkrise immer komplexer geworden:

- Zunehmend rückten strukturelle Aspekte der *Beschäftigung* in den Vordergrund (Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen, Regionen, Entwicklung einzelner Teilarbeitsmärkte).

- Hinzu kamen die zahlreichen Fragen nach der Entwicklung, Struktur und nach den individuellen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von *Arbeitslosigkeit*.

- Daneben gewann *die Arbeitszeit* auch als beschäftigungspolitische Steuerungsgröße unter zahlreichen Einzelaspekten zunehmend an Bedeutung: Bestimmungsgrößen der effektiven Arbeitszeit (Tarife, Überstunden, Kurzarbeit, Teilzeitarbeit usw.), Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Erwerbstätigkeit sowie Produktivität, Rolle der Arbeitszeitflexibilität, Potentiale und Strukturen weiterer arbeitsmarktentlastender Arbeitszeitverkürzung usw.

- Ferner verlangten Fragen nach der Wirkungsweise und Effizienz *arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen* (Arbeitsbeschaffung, Kurzarbeit, Fortbildung und Umschulung) eine Antwort.

- Schließlich kam den *Bewegungen* (Strömen, Statuswechsel) in dieser Ungleichgewichtssituation eine zunehmende Bedeutung zu.

Dies alles ist wichtig für die Beurteilung der Situation und Entwicklungstendenz wie auch zur Abschätzung der Erfordernisse, Möglichkeiten und Wirkungen politischer Gegensteuerung.

Zwischen diesen zahlreichen diagnostischen und therapeutischen Fragenkomplexen besteht ein vielfältiger, unmittelbarer Zusammenhang, den es bewußtzumachen gilt. Freilich würde eine umfassende Darstellung des ganzen Komplexes den zulässigen Umfang eines Beitrags an dieser Stelle überschreiten, zumal es nicht allein darum geht, Analyseergebnisse darzustellen, sondern auch darum, die jeweiligen konzeptionellen und methodischen Hintergründe zu vermitteln. Andererseits wechseln aber auch Aktualität und relative Bedeutung der verschiedenen Aspekte mitunter im Zeitablauf.

Dementsprechend wird nunmehr die jährliche Arbeitsmarktanalyse des IAB in der Regel geteilt. Der erste Beitrag (vgl. MittAB 4/84) gibt schwerpunktmäßig unsere Einschätzung der globalen Arbeitsmarktentwicklung im jeweils kommenden Jahr wieder, ist weit überwiegend ergebnisorientiert und hält sich im Rahmen der Arbeitsmarktbilanz-Betrachtung in aller Regel an alternative Eckdaten des jeweiligen Spektrums vorliegender Wirtschaftsprognosen.

Der zweite Beitrag wird zunächst eine kurze Fortschreibung unserer Arbeitsmarkt-Vorausschätzung enthalten (s. o.). Er soll dann, mit je nach Aktualität wechselnden Schwerpunkten, einzelne Aspekte des angedeuteten Gesamtkomplexes vertieft behandeln. Wie schon erwähnt, wird hierbei auch konzeptionellen und methodischen Fragen mehr Platz eingeräumt.

Im vorliegenden Beitrag konzentrieren wir uns auf einige Aspekte des Gesamtkomplexes, die unserer Einschätzung nach kurz- wie auch mittelfristig besondere Aufmerksamkeit verdienen. Wegen seines Umfangs und um die einzelnen Aspekte stärker zur Geltung zu bringen, haben wir ihn nochmals in eigenständige Teile gegliedert, die auch schwerpunktmäßig bestimmten Autoren zugeordnet wurden. Sie sind aber aufeinander bezogen. Um Querverweise zu erleichtern, wurde eine durchlaufende Numerierung von Übersichten und Schaubildern beibehalten und ein gemeinsamer Tabellenanhang gebildet, der nach den im folgenden skizzierten 4 Teilbeiträgen abgedruckt wird:

(1) *Erwerbspotential und Stille Reserve*

Nach wie vor wird die Arbeitsmarktlage und -entwicklung von der doppelten Belastung einer schwachen Nachfrage bei gleichzeitig steigendem Angebot geprägt: Die „Arbeitsmarktschere“ öffnet sich tendenziell zunächst noch weiter. Beachtung verdient daher vor allem die Frage, inwieweit aktuelle und mittelfristig angelegte Maßnahmen zur *Potentialreduktion* (Rückkehrförderung bei Ausländern, Vorruhestandsregelung) die endogenen Expansionstendenzen im deutschen wie auch im ausländischen Teil des Erwerbspersonenpotentials reduzieren.

Die differenzierte Neuberechnung des Potentials durch das IAB erlaubt nun auch mehr Einblick in die Struktur der *Stillen Reserve*. Im Rahmen eines differenzierten Konzepts wird erörtert, welche Aktualität der Arbeitsplatznachfrage („Arbeitsmarktnähe“) den einzelnen Personengruppen dieser verdeckten Unterbeschäftigung kurz- bzw. mittelfristig zuzuschreiben ist.

(2) *Strukturen und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Frauen auf dem Arbeitsmarkt*

Kurzfristige Verschiebungen in der *Beschäftigtenstruktur* werden von einem sehr ausgeprägten langfristigen Strukturwandel überlagert. Dies wird in der öffentlichen Diskussion nicht immer gleichermaßen wahrgenommen. Die langfristigen Grundlinien der Beschäftigtenentwicklung gilt es auch im Hinblick auf zukünftige Be- und Entlastungspotentiale in Erinnerung zu bringen.

Anhaltend unterschiedliche Entwicklungstendenzen gelten auch für einzelne Personengruppen. Die relative Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gibt allerdings mitunter, für sich allein betrachtet, nur ein verzerrtes oder gar falsches Bild von der Gesamtlage ab. Dies trifft, wie aufgezeigt wird, für die Arbeitsmarktsituation von *Frauen* zu.

Strukturwandel heißt aber nicht notwendig im gleichen Maße individuell erzwungenen Arbeitsplatzwechsel. Im beträchtlichen Volumen der laufenden Zu- und Abgänge - im Generationenwechsel, durch Wanderungen und durch Unterbrechungen - löst sich ein großer Teil des Strukturwandels reibungslos.

(3) *Jahresarbeitszeit und Arbeitsvolumen*

Die Dauer und das Gefüge der *Arbeitszeit* sind vor allem durch die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres über Verkürzung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten in weiten Bereichen verstärkt in Bewegung gebracht worden. Diese und weitere Entwicklungen und ihre Auswirkungen gilt es, im differenzierten Konzept des IAB zu beobachten und abzuschätzen. Hierbei zeichnen sich auch erhebliche Probleme der statistischen Erfassung dieser Veränderungen ab. Die Analyse einer möglicherweise zunehmenden Entkopplung von Arbeits- und Betriebszeiten und deren Auswirkungen werden eine wichtige Ergänzung bilden.³⁾

(4) *Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Entlastungswirkung und Kostenvergleiche*

Bei voraussichtlich anhaltend hoher, mittelfristig möglicherweise auch weiter ansteigender Arbeitslosigkeit bleibt der verstärkte Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums des AFG geboten. Dem wird immer wieder das „*Kostenargument*“ entgegengestellt. Hier bedarf es aber einer realistischen, gesamtfiskalischen Betrachtung. Kostenberechnungen und -vergleiche sollen sie fördern.

Der Regionalisierung der Arbeitsmarktvorausschau ist ein eigenständiger Beitrag in diesem Heft gewidmet.⁴⁾

Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve

Christian Brinkmann, Lutz Reyher

1. Zur aktuellen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

Auch 1985 steigt das Angebot an Arbeitskräften. Allerdings hat sich der Zuwachs beim deutschen Erwerbspersonenpotential abgeschwächt. Außerdem werden für 1985 potentialvermindernde Effekte der gesetzlichen und tariflichen Vorruhestandsregelungen erwartet, so daß die Zahl der deutschen Erwerbspersonen, die sich 1984 insgesamt um rd. 250 000 Personen erhöhte, 1985 nur noch um 70 000 Perso-

nen zunimmt. Dem dürfte wie in den Vorjahren ein Rückgang beim ausländischen Arbeitskräfteangebot gegenüberstehen, der 1984 durch das Rückkehrförderungsgesetz noch verstärkt wurde (1984: - 70000 Erwerbspersonen, 1985: - 50 000 Erwerbspersonen).

Während sich damit im Jahre 1984 *insgesamt* noch ein beachtlicher Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential ergab (+ 180 000 Personen auf rd. 28,7 Mio. Personen), wird er 1985 voraussichtlich nur + 20 000 bis + 30 000 Personen betragen (Übersicht 1).

Das *deutsche Erwerbspersonenpotential* wurde vom IAB anhand von Zeitreihen der Erwerbsbeteiligung für die Jahre 1960 bis 1982 neu berechnet.⁵⁾ Die darauf aufbauende längerfristige Projektion basiert auf drei Modellvarianten⁶⁾, die für die kurzfristige Entwicklung allerdings nur geringfügig voneinander abweichen. Hier werden die Ergebnisse der

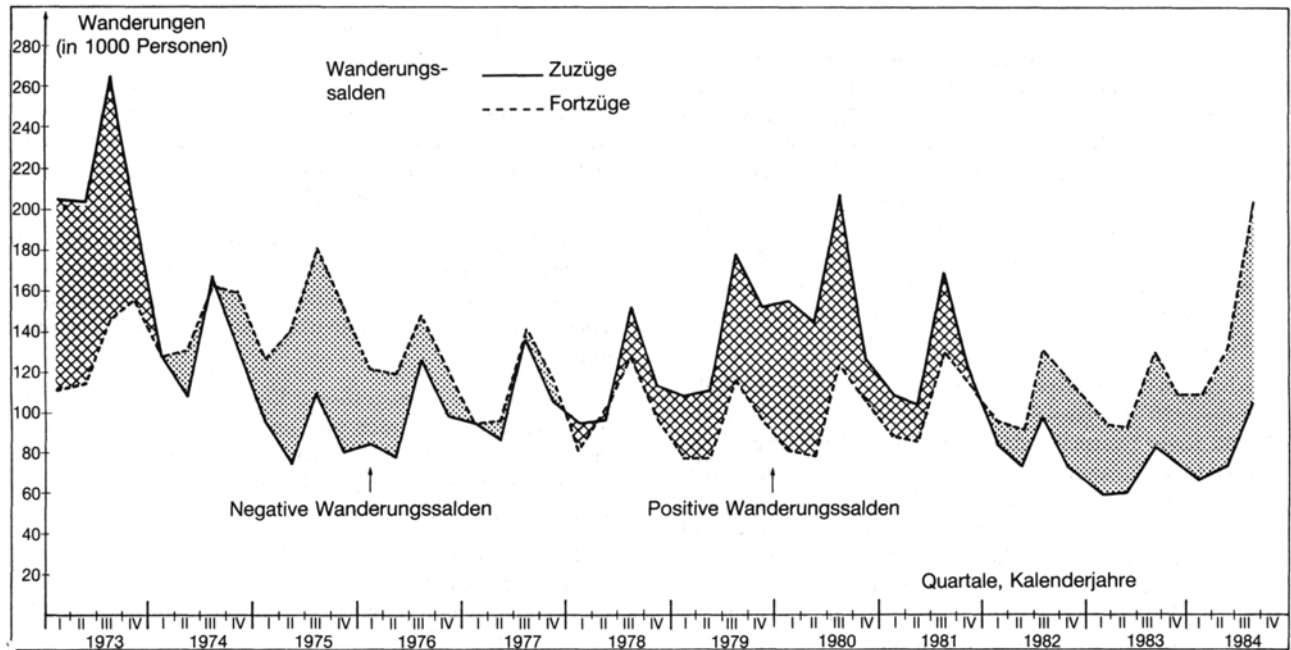
³⁾ Vgl. den Beitrag von Reyher, Spitznagel, Streck, Teriet und Vogler-Ludwig in diesem Heft.

⁴⁾ Vgl. Koller, Kridde, Masopust, Zur Struktur und Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte, in diesem Heft.

⁵⁾ Vgl. Thon, M., Neuberechnung des Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1970-1982, in: MittAB 4/1984

⁶⁾ Vgl. Klauder, W., P. Schnur, M. Thon, Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in diesem Heft

Schaubild 1: Wanderungen von Nichtdeutschen zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Quartalen 1973 bis 1984 – Zuzüge, Fortzüge, Wanderungssalden –



mittleren Variante unterstellt, die in den einzelnen alters- und geschlechtsspezifischen Gruppen im wesentlichen der Vergangenheit entsprechende Trends in der Entwicklung der Erwerbsneigung annimmt.

Demnach ist der Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials weiterhin vorwiegend demografisch bedingt, beruht also auf Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur sowie einem Zuwachs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (demografische Komponente 1984: + 215 000 Personen, 1985: + 130 000 Personen). Trendmäßige Entwicklungen in der Erwerbsneigung der einzelnen Gruppen führen insgesamt in beiden Jahren zu einem Anstieg von zusätzlich rd. 25 000 Personen (1984) bzw. rd. 30 000 Personen (1985), während in den 70er Jahren per Saldo eine rückläufige Erwerbsneigung den demografisch bedingten Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials gebremst hatte.

Der dominierende demografische Einfluß läßt sich vor allem an der Entwicklung der Schulabgängerzahlen erkennen: Während um 1970 jährlich rd. 850 000 deutsche Abgänger aus dem Schulsystem (allgemeinbildende und berufsbildende Schulen) ins Erwerbspersonenpotential übergangen, stieg dieser Zustrom bis Anfang der 80er Jahre auf über 1,1 Mio. Personen pro Jahr an und geht erst gegenwärtig wieder langsam zurück (vgl. Tabelle 3 mit Zahlen für deutsche und ausländische Schulabgänger insgesamt)⁷⁾. Zeitweilig wurde diese „demografische Welle“ noch verstärkt durch verminderte Abgänge in den Ruhestand, die im wesentlichen auf

die schwachen Geburtsjahrgänge des 1. Weltkrieges zurückgehen.

Das im Rahmen der längerfristigen Projektion für 1984 ermittelte Erwerbspersonenpotential wurde wegen der vergleichsweise großen Zahl von Übersiedlern aus der Deutschen Demokratischen Republik geringfügig erhöht (+ 10 000 Personen). Für 1985 erfolgt andererseits im Hinblick auf die gesetzliche Vorruhestandsregelung und die bereits abgeschlossenen einschlägigen Tarifverträge ein Abschlag beim Erwerbspersonenpotential von rd. 90 000 Personen⁸⁾. Je nach konkreter Ausgestaltung der einzelnen Tarifverträge wurde dabei eine unterschiedliche Inanspruchnahme durch diejenigen unterstellt, die die Voraussetzungen hierfür erfüllen (die Spanne der Annahmen reicht von 10% in der Metallindustrie bis zu 75% in der Bauwirtschaft). Allerdings handelt es sich nur um eine zeitlich befristete Reduzierung des Erwerbspersonenpotentials, weil die Regelungen Ende der 80er Jahre wieder auslaufen sollen. Im Hinblick darauf, daß zu Beginn des Jahres 1985 die Inanspruchnahme stark hinter den Erwartungen zurückblieb, kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß die damit verbundene Potentialreduktion in diesem Jahr geringer ausfällt.

Bei einer höheren Inanspruchnahme und/oder Ausweitung des Vorruhestands auf weitere Tarifbereiche ließe sich in den nächsten Jahren aber auch erreichen, daß der ansonsten zu erwartende (weiterhin sich abschwächende) Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials (1986: + 115 000 Personen, 1987: + 100 000 Personen, 1988: + 65 000 Personen)⁹⁾ aufgefangen oder sogar überkompensiert wird, d. h. der Arbeitsmarkt stärker noch als bislang erkennbar entlastet wird.

Auch das *ausländische Erwerbspersonenpotential* wurde Neuberechnet, wobei allerdings im Hinblick auf die statistische Ausgangslage methodisch enge Grenzen bestehen¹⁰⁾. Dabei sind insbesondere die Wanderungsbewegungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinweg von Bedeutung, die eine beachtliche konjunkturelle Komponente aufweisen, politischer Einflußnahme unterliegen und

⁷⁾ Zur Konzeption der Arbeitskräfte-Gesamtrechnung (AGR) vgl. Reyher, L., H.-U. Bach, „Arbeitskräfte-Gesamtrechnung“, Bestände und Bewegungen am Arbeitsmarkt, in: MittAB 4/1980

⁸⁾ IAB-Kurzbericht VI/1 vom 15. 10. 1984. Durch die Mitfinanzierung der Vorruhestandsregelung erwächst der BA außerhalb des AFG ein neues Aktionsfeld. Wenn weitere empirische Informationen zur Inanspruchnahme vorliegen, ist auch eine Berücksichtigung des Vorruhestands im Rahmen der Entlastungsrechnung (Beschäftigungswirkung und Entlastung der Arbeitslosenzahl) vorgesehen. Vgl. den Abschnitt „Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ...“ und MittAB 4/1984, S. 439 (Übersicht 3).

⁹⁾ Mittlere Variante der längerfristigen Vorausschau vgl. Klauder, W., u. a., in diesem Heft

¹⁰⁾ Vgl. Thon, M., a.a.O.

auch wegen der Freizügigkeitsregelung in der Europäischen Gemeinschaft selbst kurzfristig nur schwer prognostizierbar sind.

Allein von den in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Jugendlichen wachsen jährlich über 100 000 Personen in das erwerbsfähige Alter hinein (1984: + 125 000 Erwerbspersonen durch Übergang vom Schulsystem in das Erwerbsleben). Weitere Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur sowie Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und das übliche Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führen allerdings dazu, daß bei ausgeglichener Wanderungsbilanz der demografisch bedingte Zuwachs des ausländischen Erwerbspersonenpotentials per Saldo geringer ausfällt (+ 50 000 Personen pro Jahr)¹¹⁾.

Im Jahre 1983 wanderten – ohne direkte politische Einflußnahme – 425 000 Ausländer aus der Bundesrepublik ab, 275 000 zogen (erstmalig oder erneut) in die Bundesrepublik. Während die Fortzüge über die Jahre – mit zuletzt leicht steigender Tendenz – ziemlich gleichförmig erfolgten, sind die Zuzüge offenbar stark konjunkturabhängig (Schaubild 1). Sie lagen in den letzten Jahren deutlich unter dem gegen Ende der 70er Jahre (wieder) erreichten hohen Niveau (1980: + 630 000 Zuzüge) und auch unterhalb der Zahl der Fortzüge, so daß 1983 durch die Wanderungsbewegungen *per Saldo* rd. 150 000 ausländische Staatsbürger weniger in der Bundesrepublik lebten als ein Jahr zuvor. Seit 1982 ist

damit die in der Bundesrepublik Deutschland lebende ausländische Wohnbevölkerung leicht rückläufig (Schaubild 2).

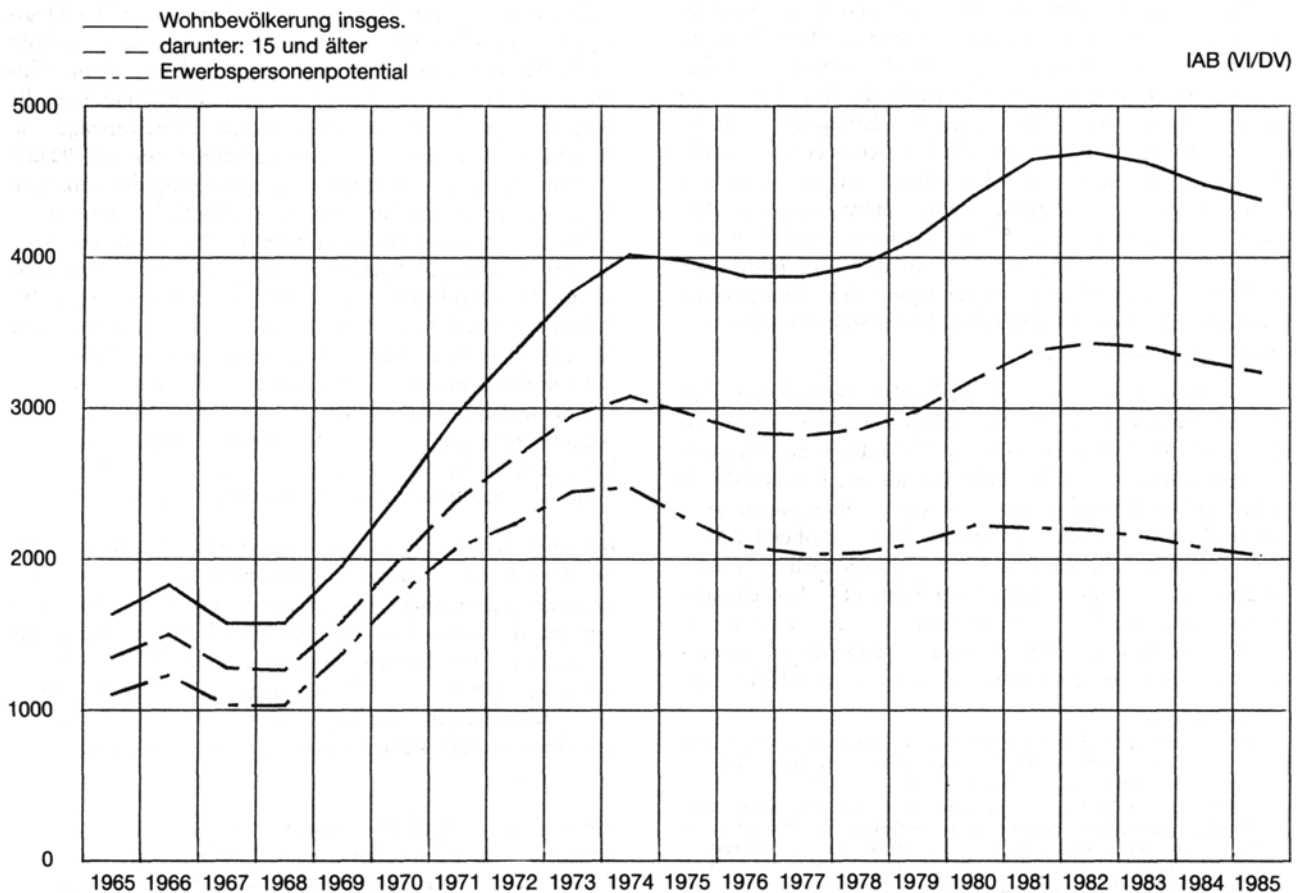
Die bis zum 3. Quartal 1984 vorliegenden Wanderungszahlen lassen die zusätzliche Wirkung des Rückkehrförderungsgesetzes deutlich erkennen, vor allem im 3. Quartal, als rd. 200 000 Ausländer abwanderten, 75 000 mehr als im 3. Quartal 1983. Allerdings haben auch die Zuzüge wieder eine leicht steigende Tendenz, wofür sicher die konjunkturelle Besserungstendenz den Ausschlag gibt.

Per Saldo hat sich 1984 die Ausländerbevölkerung in der Bundesrepublik um ca. 250 000 Personen vermindert, woraus sich ein wanderungsbedingter Rückgang des ausländischen Erwerbspersonenpotentials von rd. 120 000 Personen ergibt.

Nimmt man die demografische Entwicklung und die Wanderungssalden zusammen und unterstellt eine im wesentlichen unveränderte Erwerbsneigung, so errechnet sich für 1984 insgesamt ein Rückgang des ausländischen Arbeitskräfteangebots um 70 000 Personen.

Im Hinblick auf das Auslaufen der Rückkehrförderung und die erwartete leichte Besserung am Arbeitsmarkt dürfte 1985 der negative Wanderungssaldo nicht mehr so hoch ausfallen wie im Vorjahr. Dies bedeutet, daß auch das ausländische Erwerbspersonenpotential nicht mehr so stark abnimmt (- 40 000/- 50 000 Personen).

Schaubild 2: Wohnbevölkerung (insgesamt, 15 und älter) und Erwerbspersonenpotential der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland



¹¹⁾ Vgl. *Klauder, W.*, u. a., in diesem Heft.

2. Zur Existenz, Struktur und „Arbeitsmarktnähe“ der Stillen Reserve

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, warum denn bei einer Analyse der Arbeitsmarktsituation neben der Erwerbstätigkeit und der Arbeitslosigkeit auch noch ein „Erwerbspersonenpotential“ und eine „Stille Reserve“ zu berücksichtigen seien. Ist es überhaupt realistisch zu unterstellen, daß eine große Zahl von Personen in der Bundesrepublik Deutschland weder erwerbstätig noch als Arbeitslose registriert und doch als potentielle Erwerbspersonen zu berücksichtigen sind? Welche Personengruppen sind dies, und inwieweit suchen sie tatsächlich eine Arbeit? Diesen Fragen wurde hier wiederholt nachgegangen¹²⁾, sie stellen sich aber erneut auch im Hinblick auf die jetzt vorgelegten Neuberechnungen.¹³⁾

Empirische Anhaltspunkte zur *Existenz* einer derartigen Personengruppe ergeben sich zunächst und vorrangig aus einer näheren Betrachtung der globalen Arbeitsmarktbilanz: In den letzten 15 Jahren hat es lediglich vier Jahre gegeben (1972, 1974, 1983, 1984), in denen die Veränderung der Erwerbstätigenzahlen, wie oft erwartet wird, der Größenordnung nach mit vergleichbaren Änderungen der Arbeitslosenzahlen (mit umgekehrtem Vorzeichen) einherging. In weiteren vier Jahren stiegen oder sanken Erwerbstätigen- und Arbeitslosenzahlen gleichzeitig, zuletzt 1980 (+ 265 000 Erwerbstätige, + 13 000 Arbeitslose). In den übrigen Jahren sind die Veränderungen in beiden Zeitreihen zwar in erwartbarer Weise gegenläufig, aber der Größenordnung nach unterschiedlich (z. B. 1981: – 203 000 Erwerbstätige, + 383 000 Arbeitslose).

Solche Diskrepanzen und mehr noch gleichgerichtete Veränderungen der Arbeitslosen- und Erwerbstätigenzahlen sind erklärungsbedürftig: Sie beruhen *zum einen* darauf, daß sich das Angebot an Arbeitskräften auch unabhängig von der aktuellen Arbeitsmarktentwicklung verändert. Wesentlicher Anhaltspunkt hierzu aus den letzten Jahren: das unübersehbare Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben. Zugleich schieden schwach besetzte Jahrgänge aus dem Erwerbsleben aus, und es gab auch weitere Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur. Dies alles macht die „demografische Komponente“ in der Veränderung des Erwerbspersonenpotentials aus. So wurde – weitgehend aus demografischen Gründen – der kräftige Erwerbstätigenanstieg im Jahre 1980 durch einen annähernd gleich hohen Anstieg des Erwerbspersonenpotentials „aufgezehrt“, die Zahl der Arbeitslosen (und der Stillen Reserve) veränderte sich folglich kaum.

Bei einer Quantifizierung des Arbeitskräfteangebots geht es allerdings nicht nur um demografische Veränderungen

¹²⁾ So fanden hierzu in den Jahren 1978 und 1980 zwei Forschungstreffen im IAB statt, an dem sich die wichtigsten mit diesen Fragen befaßten Forschungsinstitute und politischen Institutionen beteiligten. Die Ergebnisse wurden in BeitrAB 44 und BeitrAB 56 veröffentlicht. Vgl. auch den IAB-Kurzbericht vom 9. 9. 77 (BeitrAB 42, Seite 107 ff.) und Autoren-gemeinschaft, der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1983 und 1984 – insgesamt und regional, in: MittAB 4/1983, Seite 332

¹³⁾ Vgl. Thon, M., a.a.O. Die vollständige Arbeitsmarktbilanz ab 1970 ist enthalten in: Autoren-gemeinschaft (MittAB 4/1984) a.a.O., Übersicht 1.

¹⁴⁾ Die Tatsache, daß in Deutschland in dem erwähnten Beispiel die Entwicklung weitaus weniger „stürmisch“ verlaufen ist als in so unterschiedlichen Ländern wie die Vereinigten Staaten und Schweden, ist zusätzlich als Indiz dafür zu werten, daß hier möglicherweise die Abdrängung vom Arbeitsmarkt in „Alternativrollen“ (Hausfrauentätigkeit in diesem Fall), d. h. also der Aufbau einer statistisch nicht registrierten Stillen Reserve, eine größere Rolle spielen könnte als in einigen anderen Ländern, in denen andere Traditionen eine Rolle spielen. Vgl. auch die Typisierung bei Franzen, D., Altersspezifische Frauenerwerbsquoten im internationalen Vergleich, in: BeitrAB 56.

(Bevölkerungswachstum, Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur, u. a.), sondern auch die Erwerbsneigung ändert sich. Dies zeigt z. B. die Entwicklung der *effektiven* Erwerbsquoten (Erwerbstätige und Arbeitslose bezogen auf die jeweilige Wohnbevölkerung) für einzelne Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Ländern: So stieg diese Erwerbsquote für verheiratete Frauen im Alter von 35 bis 44 Jahren zwischen 1970 und 1980 in Schweden um 19 Prozentpunkte; in den USA um 15, in Großbritannien um 13 und in der Bundesrepublik Deutschland um 9 Prozentpunkte (Übersicht 2).

Übersicht 2: Effektive Erwerbsquoten (Erwerbsquoten in Prozent der Bevölkerung entsprechend Alter, Familienstatus und Geschlecht) von verheirateten Frauen nach Altersgruppen

	25–34		35–44		45–54	
	1970	1980	1970	1980	1970	1980
Bundesrepublik Deutschland	41,7 ¹⁾	53,3 ¹⁾	41,7 ¹⁾	50,8 ¹⁾	39,6 ¹⁾	44,5 ¹⁾
Schweden	55,1	78,1	64,9	84,3	62,2	83,7
Großbritannien	38,4 ²⁾	51,5 ³⁾	54,5 ²⁾	67,1 ³⁾	57,0 ²⁾	65,6 ³⁾
U.S.A.	39,3	59,3	47,2	62,5	49,5	55,7

¹⁾ Durchschnitt der Altersgruppen 25–29/30–34; 35–39/40–44; 45–49/50–54.
²⁾ 1971; ³⁾ 1979.

Quelle: WZB-Mitteilungen 24. Juni 1984, S. 6.

Wohlgemerkt, hierbei handelt es sich um *statistische* Beobachtungen, die unabhängig von jeglicher Potentialberechnung gemacht wurden. Sie müssen Ausgangspunkt sein für eine realistische Abschätzung der künftigen Erwerbsbeteiligung, die eben nicht – schon gar nicht für längere Zeiträume – als konstant unterstellt werden kann.¹⁴⁾

So ist auch darauf hinzuweisen, daß in den 70er Jahren die durchschnittliche Erwerbsneigung der Deutschen insgesamt rückläufig war, weil die abnehmende Erwerbstätigkeit der Jugendlichen *und* der Älteren die zunehmende Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen überkompensiert hat. Ohne Berücksichtigung der Veränderung der Erwerbsneigung hätten in diesen Jahren höhere Potentialzuwächse (und damit eine höhere Stille Reserve) ausgewiesen werden müssen.

Zum anderen gibt es Arbeitsuchende, die sich (z. B. bei fehlenden Leistungsansprüchen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) nicht oder nicht mehr arbeitslos melden, bzw. Personengruppen, die bei schlechten Arbeitsmarktverhältnissen auf eine Erwerbsbeteiligung verzichten (müssen), die aber bei Besserungstendenzen – auch statistisch erfaßbar – wieder auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten. Sie werden als „Stille Reserve“ bezeichnet und sind Teil des Erwerbspersonenpotentials, nicht jedoch der für einen Zeitpunkt statistisch ermittelten effektiven Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und registrierte Arbeitslose). Schon die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland (anders als z. B. in den USA) nur solche Arbeitslose erfaßt werden, die sich beim Arbeitsamt melden, macht die Existenz einer nicht registrierten Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wahrscheinlich.

So wurde 1975 ein beträchtlicher Teil des Beschäftigungseinbruchs (- 750 000 Erwerbstätige) durch den Aufbau der Stillen Reserve (+ 220000 Personen) „aufgefangen“; das Erwerbspersonenpotential verminderte sich per Saldo nur in geringem Umfang (- 40 000 Personen) und bremste insoweit auch etwas den Anstieg der Arbeitslosenzahlen, der mit

„nur“ + 490 000 wesentlich geringer ausfiel, als allein vom Rückgang der Erwerbstätigenzahlen zu vermuten gewesen wäre.

Umgekehrt nährt dies aber auch die Erwartung, daß ein anhaltender Beschäftigungsaufschwung nur teilweise zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahl führt. Gleiches gilt auch für die Wirkung der arbeitszeit- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente, deren „Entlastung der Arbeitslosigkeit“ (im Sinne der registrierten Arbeitslosenzahlen) in realistischer Perspektive z. T. geringer veranschlagt werden muß als ihre eigentliche Beschäftigungswirkung (vgl. hierzu den nachfolgenden Teil über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen).

Ähnliche Erfahrungen („säkulare“ Veränderungen des Arbeitskräfteangebots und „Konjunkturereagibilität“ der Erwerbsbeteiligung) wurden auch in anderen Ländern, namentlich in den USA gemacht.¹⁵⁾ Auch unter den ganz anderen Voraussetzungen der Weltwirtschaftskrise gab es Anfang der 30er Jahre im Deutschen Reich nicht registrierte Arbeitslosigkeit in großem Umfang: Eine – von der Datelage her nur mögliche – Hilfsrechnung im Hinblick auf das damalige Erwerbspotential¹⁶⁾ führt für 1932/33 zu einer Stillen Reserve von rd. 2½ Mio. Personen, bei rd. 5 Mio. statistisch erfaßten Arbeitslosen.

Läßt sich durch solche Beobachtungen und Überlegungen auch die Existenz einer Stillen Reserve plausibel machen, bleibt doch die Frage nach ihrer Struktur und Affinität zum statistisch erfaßten, sozusagen „amtlichen“ Teil des Arbeitsmarkts. Wesentliche Anhaltspunkte hierzu bietet die Neuberechnung des Erwerbspotentials selbst: Sie wurde nach Alter, Geschlecht, Deutschen/Ausländern und zum Teil auch nach Familienstand desaggregiert durchgeführt, so daß letztlich für jede Gruppe getrennt eine Stille Reserve ermittelt und auch ausgewiesen wurde¹⁷⁾. In größeren Gruppen zusammengefaßt hatte demnach 1982 die Stille

	in %	in Tsd. Personen
Deutsche unter 25 Jahren	28,4	270
Deutsche, 55–65 Jahre	23,1	219
Deutsche, 25 – unter 55 Jahre Männer	12,8	122
Deutsche, 25 – unter 55 Jahre, verheiratete Frauen	17,2	163
Deutsche, 25 – unter 55 Jahre, nicht verheiratete Frauen	6,2	59
Ausländer	12,3	117
insgesamt	100,0	950

¹⁵⁾ Vgl. Werner, H., Versuche zur Ermittlung einer konjunkturellen Arbeitskräftereserve in den USA – Ansätze, Probleme, in: Mertens, D., W. Klauder (Hrsg.), Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspotentials, BeitrAB 44, Nürnberg, 1980

¹⁶⁾ Interpolation der globalen Erwerbsquoten von Ende der 20er Jahre und Ende der 30er Jahre. Vgl. hierzu auch die schon in den 30er Jahren erschienene Monographie von Hemmer, W., Die „unsichtbaren“ Arbeitslosen, Zeulenroda, 1935 und Klauder, W., Arbeitskräfte-Potentialrechnung, in: Mertens, D. (Hrsg.), Konzepte der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 70, Nürnberg, 1982, S. 102 (Fußnote 6)

¹⁷⁾ Thon, M., a.a.O.

¹⁸⁾ Im Hinblick auf die geringe und weiterhin abnehmende quantitative Bedeutung der Erwerbstätigkeit in diesem Alter wurde eine Stille Reserve bei über 65jährigen nicht mehr errechnet.

¹⁹⁾ Vgl. Brinkmann, Ch., Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarktverhältnisse: Neue empirische Ergebnisse zur „Entmutigung“ und zusätzlichen „Ermutigung“ von weiblichen Erwerbepersonen, in: BeitrAB 44, S. 134

Die Stille Reserve besteht nach diesen Schätzungen nur zu weniger als einem Fünftel aus der „klassischen Gruppe“ der verheirateten Frauen mittlerer Altersjahrgänge, während mehr als die Hälfte Jugendliche unter 25 Jahre oder Personen im Alter von 55 bis 65 Jahren sind.¹⁸⁾ Dies wird in der Diskussion nicht immer ausreichend berücksichtigt und soll im folgenden Ausgangspunkt für weitergehende Überlegungen zur Strukturierung und zur Arbeitsmarktnähe der ausgewiesenen Stillen Reserve sein.

Im Hinblick auf die *Arbeitsmarktnähe* kommen auf der individuellen („Mikro-“)Ebene eine Reihe von Indikatoren in Betracht, die in empirischen Befragungen auch verwendet wurden.¹⁹⁾ Es geht vor allem um die *aktive Suche* nach einer Arbeit ohne Einschaltung des Arbeitsamtes (jederzeit, in der letzten Woche, im letzten Monat, in den letzten 12 Monaten usw.), die *Verfügbarkeit* (sofort, nach einer kurzen Übergangszeit, nach einer längeren Übergangszeit), die *Dringlichkeit* einer Arbeitsaufnahme oder auch (falls nicht aktuell um Arbeit nachgesucht wird) um die artikulierten *Gründe* für eine Nichterwerbstätigkeit, wenn grundsätzlich der Wunsch nach Arbeitsaufnahme besteht (z. B.: in der Vergangenheit am Ort oder in der weiteren Umgebung kein geeigneter Arbeitsplatz/Teilzeitarbeitsplatz zu finden).

Bei solchen möglichen Differenzierungen, die sich auf die *Gegenwart* oder die jüngste *Vergangenheit* beziehen, darf jedoch nicht vergessen werden, daß es von der Zielsetzung her darum geht, *künftige* Verhaltensweisen (effektive Erwerbsbeteiligung bestimmter Gruppen) abzuschätzen, und zwar unter der Voraussetzung guter bzw. sich erheblich bessernder Arbeitsmarktverhältnisse, die dann – wie in der Vergangenheit – einen „Sog“ auf die Erwerbsbeteiligung ausüben. Dies läßt sich durch aktuell abfragbare Einstellungen und konkrete Arbeitsmarktaktivitäten nur höchst unvollkommen abbilden.

Die Vielzahl der möglichen Differenzierungen und Zweifel im Hinblick auf ihre Relevanz lassen jeden Schnitt durch das „Abdrängungskontinuum“ von der empirischen Seite her willkürlich erscheinen. Man könnte aber von der individuellen Verhaltens- und Bewußtseinsebene innerhalb der Stillen Reserve zumindest folgende *drei Typen* unterscheiden, wobei die *Fristigkeit*, mit der eine Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen kann, eine entscheidende Rolle spielt, und die Frage, ob die *Betroffenen selbst* überhaupt wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen:

1) Personen, die ohne Einschaltung des Arbeitsamtes zumindest latent auf Arbeitsuche und kurzfristig verfügbar sind, die also jede sich bietende realistische *Beschäftigungschance sofort nutzen* werden.

2) Personen, die „aus der Not eine Tugend“ gemacht haben und die Chance von finanziell und sozial zumindest halbwegs akzeptablen Alternativrollen (z. B. als Hausfrau oder im Bildungssystem) genutzt und sich zeitweilig aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben, die sich in Zukunft bietende Erwerbschancen als Person wieder nutzen werden (bzw. müssen), die aber u. U. je nach eingegangenen Verpflichtungen *erst nach einer gewissen Zeit* (z. B. nach Beendigung einer Zusatzausbildung) wieder für den Arbeitsmarkt *verfügbar* sind.

3) Personen, die (z. B. als Rentner) endgültig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, die Arbeitsuche aufgegeben haben, auch nicht mehr arbeiten wollen und auch in Zukunft *als Person nicht mehr* auf dem Arbeitsmarkt *in Erscheinung treten* werden. Die tatsächliche Erwerbsbeteiligung (die zu beobachtende gruppenspezifische Erwerbs-

quote) wird – und dies ist für arbeitsmarktpolitische Zwecke entscheidend – bei einer Besserung der Arbeitsmarktlage trotzdem wieder ansteigen, weil nachrückende Altersjahrgänge an ihre Stelle treten. Sie werden also nur im Zuge der nachrückenden „Alterskohorten“ auf dem Arbeitsmarkt „ersetzt“.

Zur Konkretisierung dieser Kohorten-Vorstellung beim dritten Typus dienen folgende *modellhafte Überlegungen*:

Es wird unterstellt, daß *alle* Betroffenen im Alter von 60 oder mehr Jahren der „59er-Regelung“ entsprechend mit dem 60. Lebensjahr das vorgezogene Altersruhegeld erhalten haben, damit als Zugang zur Stillen Reserve aufzufassen sind und mit Erreichen des 63. Lebensjahres (normale flexible Altersgrenze) aus der Stillen Reserve wieder ausscheiden. Dies bedeutet, daß bei einer Besserung am Arbeitsmarkt keine Neuzugänge dieser Art zur Stillen Reserve mehr erfolgen, womit dieser Teil der Stillen Reserve innerhalb von drei Jahren über die nachrückenden Alterskohorten (die eben nicht mehr gleichermaßen in den vorzeitigen Ruhestand überwechseln können) wieder aufgelöst wird und stattdessen die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe entsprechend anwächst – aber nicht aus der Arbeitslosigkeit!

Diese Überlegungen und Differenzierungen lassen erwarten, daß die Stille Reserve kurzfristig (innerhalb eines Jahres) nicht *vollständig* auflösbar sein wird, sondern einige Teile nur mittelfristig, im Verlauf von mehreren Jahren. Dies ist für eine realistische Beurteilung der Stillen Reserve sicher von Bedeutung, darf aber nicht mißverstanden werden: Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen muß auch davon ausgegangen werden, daß ein *vollständiger* Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit (der nunmehr erreichten Höhe) nur als mehrjähriger Prozeß erfolgen kann, in dessen Verlauf dann auch die Auflösung von den Teilen der Stillen Reserve zu erwarten ist, die auf der Mikroebene kurzfristig allenfalls als passives Potential identifizierbar sind.

Welche Relevanz hat dies nun für einzelne Teilgruppen der Stillen Reserve, und welche empirischen Anhaltspunkte zur weiteren Strukturierung gibt es?

Zunächst zu den *Jugendlichen unter 25 Jahren*, von denen innerhalb der Stillen Reserve fast jeder zweite noch nicht 20 Jahre alt ist. Zum einen handelt es sich in nicht bekanntem Umfang um Arbeitssuchende, die sich wegen fehlender Leistungsansprüche (Berufsanfänger) und geringer Vermittlungsaussichten durch das Arbeitsamt dort nicht arbeitslos melden. Zum Teil stehen ihnen Alternativen im regulären Bildungssystem zur Verfügung („Warteschleife“, Zweitstudium, verlängerte Allgemeinbildung oder schulische Ausbildung statt oder vor einer angestrebten betrieblichen Ausbildung). Weiterhin wurden spezielle Auffang-Maßnahmen für Jugendliche eingeführt bzw. in direktem Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation erheblich ausgeweitet: Ein über einen bestimmten Sockel hinausgehender Teil der Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA und

am freiwilligen sozialen Jahr ist deshalb der Stillen Reserve zuzurechnen. Dies ist sogar ein besonders konkretisierbarer Fall: Solche Maßnahmenteilnehmer können erhaltliche Arbeit sofort aufnehmen, also auch aus der laufenden Maßnahme zwecks Arbeitsaufnahme ausscheiden. Darüber hinaus bleibt ein Teil (vor allem der weiblichen Jugendlichen) über das andernfalls erwartbare Maß hinaus im elterlichen Haushalt oder im Haushalt des Partners. Schließlich ist auch an Beschäftigungsmöglichkeiten im statistisch nicht erfaßten Bereich der „alternativen“ Ökonomie zu denken, zu dem Jugendliche, insbesondere auch Absolventen weiterführender schulischer Ausbildungsgänge, eine größere „Affinität“ haben als z. B. erwachsene Arbeitslose.²⁰⁾

Die genannten Teilgruppen vollständig zu quantifizieren wäre nur mit großen Vorbehalten möglich und soll an dieser Stelle gar nicht erst versucht werden. Wichtiger erscheint im vorliegenden Zusammenhang folgende Feststellung: Unabhängig von der Frage, ob Jugendliche, die der Stillen Reserve (bzw. der „Dunkelziffer“ der Arbeitslosigkeit) zugeordnet werden, aktuell eine reguläre Arbeit suchen, ob sie in andere gesellschaftliche Bereiche abgedrängt wurden oder ob der „Fehlstart“ ins Berufsleben zu „deviantem“ Verhalten (Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Kriminalität) zumindest beigetragen hat – der Abbau der erkennbaren Stillen Reserve bei Jugendlichen hat wie der Abbau der registrierten Jugendarbeitslosigkeit aus sozialpolitischen und allgemeinen gesellschaftspolitischen wie auch – wegen des künftigen Arbeitskräftebedarfs – aus strikt wirtschaftspolitischen Gründen Priorität. Hieraus folgt auch, daß die bei Jugendlichen nachweisbare Stille Reserve in voller Höhe arbeitsmarktpolitische Relevanz besitzt, sei es im Hinblick auf jugendspezifische Maßnahmen, sei es im Hinblick auf eine „spontane“ Verminderung im Falle der Besserung der Beschäftigungslage, auch wenn ihre vollständige Auflösung (vor allem im Hinblick auf die mit einer zusätzlichen Bildungsbeteiligung eingegangenen Verpflichtungen) nur innerhalb eines größeren Zeitraums erwartet werden kann.

Soweit sich bei Arbeitnehmern im Alter von *55 und mehr Jahren* (z. T. auch schon in den davorliegenden Altersgruppen) eine Stille Reserve gebildet hat, handelt es sich weitgehend um vorgezogenen Ruhestand, der im unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit der schlechten Arbeitsmarktsituation steht (vorwiegend Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nach einjähriger Arbeitslosigkeit und Erreichen des 60. Lebensjahres und – über einen bestimmten Sockel hinausgehende – Erwerbsunfähigkeitsrenten).²¹⁾

Arbeitslosen-Verlaufsuntersuchungen lassen erkennen, daß nur ein sehr kleiner Teil von solchen ausgegliederten ehemaligen Arbeitslosen nach dem vorzeitigen Ausscheiden als Rentner noch an einer Arbeitsaufnahme interessiert ist bzw. aktiv eine Arbeit sucht: Nur 6% derjenigen ehemaligen Arbeitslosen, die (zur Zeit der Befragung im Jahre 1983, d. h. 1 1/2 Jahre nach Beginn der Arbeitslosigkeit) als Rentner vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, suchen unabhängig vom Arbeitsamt weiterhin eine Arbeit; 6% würden zusätzlich u. U. doch eine Arbeit aufnehmen, wenn sie in der Nähe ein günstiges Arbeitsangebot erhielten.²²⁾ Es kann unterstellt werden, daß die konkret betroffenen Personen kaum mehr eine Arbeit aufnehmen werden. Gleichwohl geschieht ihre Zuordnung zur Stillen Reserve zu Recht, wie die oben aufgeführten modellhaften Überlegungen im Hinblick auf nachrückende Alterskohorten gezeigt haben.

Für die „klassische“ Stille Reserve der *verheirateten Frauen mittlerer Altersjahrgänge* ist vor allem die traditionelle

²⁰⁾ Vgl. Kaiser, M., Situation und Entwicklungen von Arbeitsloseninitiativen, „neuen Selbständigen“ und alternativen Projekten, in: Das Große Lexikon der Berufe, Westermann-Verlag, 1984.

²¹⁾ Im Hinblick auf Erwerbsunfähigkeitsrenten spielt es eine Rolle, daß Arbeitslose mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit, die nicht mehr vollschichtig arbeiten können, nach einjährigem erfolglosen Versuch der Arbeitsämter, einen Teilzeitarbeitsplatz zu vermitteln, einen Rentenanspruch erwerben.

²²⁾ Zur Anlage der Untersuchung vgl. Brinkmann, Ch., K. Schober, Methoden und erste Ergebnisse aus der neuen Verlaufsuntersuchung des IAB bei Arbeitslosen (Zugänge November 1981), in: MittAB 4/1982.

„Alternativrolle“ der „Nur-Hausfrau“ und die sich daran knüpfenden Möglichkeiten der persönlichen Umorientierung von Bedeutung. Als empirischer Anhaltspunkt für konkrete Arbeitsmarktaktivitäten dieser Gruppe kann wiederum ein Befragungsergebnis aus der jüngsten Arbeitslosen-Verlaufsuntersuchung des IAB dienen: Demnach suchen 35% der im Haushalt verbliebenen ehemaligen Arbeitslosen zur Zeit der Befragung unabhängig vom Arbeitsamt eine Arbeit, weitere 22% würden u. U. eine Arbeit aufnehmen, wenn sie in der Nähe ein günstiges Arbeitsangebot erhielten.

Beide Teilgruppen lassen sich als Zustrom zur Stillen Reserve interpretieren, wobei gut 60% von ihnen aktiv eine Arbeit suchen. Dies läßt sich allerdings nicht unbedingt auf spätere Zeitpunkte (u. U. mehrere Jahre nach Beendigung der Arbeitslosigkeit) übertragen. Auch dürften mit zunehmendem Alter der Betroffenen die Arbeitsmarktaktivitäten nachlassen. Trotzdem ist mit ihrer Wiederkehr zu rechnen, zumal in vielen Fällen die Zugehörigkeit zur Stillen Reserve auch das Vorziehen und Verlängern einer „regulären“ Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bedeuten kann, nach der dann wieder intensiv eine Arbeit gesucht wird. Selbst bei der gegenwärtig schlechten Arbeitsmarktsituation sind rd. 135 000 arbeitslos gemeldete Frauen solche Rückkehrerinnen, die nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit erneut eine Arbeit aufnehmen wollen (und als solche nach § 2 des Arbeitsförderungsgesetzes eine besondere Zielgruppe der Arbeitsmarktpolitik sind).

Im Hinblick auf *männliche* Angehörige der Stillen Reserve in den *mittleren Altersgruppen* und die *nicht verheirateten Frauen* dieses Alters läßt sich nicht gleichermaßen mit empirischen Anhaltspunkten zur Arbeitsmarktnähe argumentieren, weil hier Informationen über die konkreten Lebensumstände der Betroffenen weitgehend fehlen. Vorzeitige (Erwerbsunfähigkeits-)Renten, Einkommen aus Nichterwerbsarbeit und die neuartigen Rollenverpflichtungen eines Hausmannes dürften ebenso eine Rolle spielen wie Prozesse der Marginalisierung und Ausgrenzung, insbesondere über zunehmende Obdachlosigkeit. Ihr Anteil an der Stillen Reserve – immerhin 13% (Männer, 25 bis unter 55 Jahre) bzw. 6% (nicht verheiratete Frauen, 25 bis unter 55 Jahre) – mag verblüffend hoch erscheinen. Er liegt jedoch bei Männern dieser Altersgruppe weit unter dem entsprechenden Anteil am Erwerbspotential (38%) und bewegt sich bei verheirateten wie nicht verheirateten Frauen mittleren Alters in der Größenordnung ihres Anteils am Erwerbspotential.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß vom Berechnungsverfahren her die bei *Ausländern* ausgewiesene Stille Reserve eher als Untergrenze aufzufassen ist,²³⁾ weil nur Analogieschlüsse zu den entsprechenden Alters- und Geschlechtsgruppen der Deutschen möglich waren. Zwar ist die weitere gruppenspezifische Unterteilung der ausländischen Stillen Reserve deshalb auch problematisch; immerhin gehört aber nach der vorliegenden Rechnung jeder Dritte auch zu den unter 25jährigen, auf deren besondere Problemlage bereits eingegangen wurde.

²³⁾ Vgl. die entsprechenden methodischen Hinweise bei Thon, a.a.O. Eine weitere, in Kiel angestellte Untersuchung zur Stillen Reserve bei Ausländern kommt zu einer erheblich höheren Schätzung. Vgl. Schmidt, R., Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit bei Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Weltwirtschaft, H. 1, 1983, S. 54 ff.

²⁴⁾ Vgl. Brinkmann, Ch., Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung, in: MittAB 4/1984.

So ergibt sich aus den aufgezeigten Strukturen der Stillen Reserve und den Differenzierungen im Hinblick auf ihre „Nähe“ zum Arbeitsmarkt ein facettenreiches Bild, aus dem sich für einzelne Gruppen durchaus unterschiedliche *sozialpolitische Bewertungen* ableiten lassen.

Sicher wäre es irreführend, bei allen Teilgruppen gleichermaßen hohe finanzielle und psycho-soziale Belastungen zu unterstellen, wie auch sowohl die Leistungsempfänger als auch die Nichtleistungsempfänger unter den registrierten Arbeitslosen in dieser Hinsicht jeweils sehr unterschiedliche Teilgruppen enthalten.²⁴⁾ Zumindest im Falle eines vorgezogenen Rentenbezugs und eines (vorgezogenen) Ausscheidens als Hausfrau kann häufig eine vergleichsweise gute finanzielle (wenn auch nicht immer psycho-soziale) Absicherung angenommen werden. Trotzdem dürften sich mit der Abdrängung in die Stille Reserve für den einzelnen oft auch große Belastungen ergeben, auf die z. T. (im Hinblick auf die betroffenen Jugendlichen) auch schon hingewiesen wurde. Die Tatsache, daß sich Arbeitsuchende ohne Leistungsansprüche nach dem AFG nach längeren vergeblichen Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes nicht mehr (regelmäßig) melden, darf jedenfalls nicht pauschal als Indiz dafür gelten, daß keine individuelle Notlage besteht. Sogar das Gegenteil kann der Fall sein: Gerade die Notlage kann zu solchen Ausgliederungs-Syndromen führen, so daß Behördenkontakten immer mehr Schwierigkeiten entgegenstehen.

Im Hinblick auf die *arbeitsmarktpolitische* Ausgangsfrage erscheint es zwar für Teilgruppen der Stillen Reserve durchaus möglich, eine Differenzierung z. B. danach vorzunehmen, ob und inwieweit *gegenwärtig* einzelne Personen von ihnen aktiv auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten. Unterstellt man einmal grob vereinfachend, daß innerhalb der Stillen Reserve keiner der über 55jährigen, alle unter 25jährigen und die Hälfte aller übrigen Teilgruppen in diesem Sinne aktiv sind, dann wären dies im Jahre 1984 immerhin rd. 750 000 Personen (bei einer Stillen Reserve von insgesamt 1,35 Mio. Personen).

Darüber hinaus geht es jedoch vor allem darum, die *künftige* Erwerbsbeteiligung bestimmter Gruppen bei guten Arbeitsmarktverhältnissen abzuschätzen. Nach allen bisherigen empirischen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß parallel zu einem erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit (oder mit einem gewissen Zeitverzug) auch eine entsprechende Verminderung der Stillen Reserve erfolgt.

Eine Teilauflösung der Stillen Reserve ist – abhängig von den Arbeitsmarktverhältnissen – in kurzfristiger Perspektive zumindest in dem Umfang wahrscheinlich, in dem die konkreten Personen latent auf Arbeitsuche geblieben sind; als Schätzgröße mag für 1984 die aufgeführte Zahl von 750 000 Personen dienen. Mittelfristig ist die Stille Reserve in voller Höhe arbeitsmarktpolitisch relevant, institutionelle Gegebenheiten wie bislang erkennbare Verhaltensweisen machen es notwendig, sie bei allen entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Überlegungen und Aktivitäten – als Teil der Realitäten des Arbeitsmarktes – mit in Betracht zu ziehen. Um die im Arbeitsförderungsgesetz wie im „Stabilitäts- und Wachstums-Gesetz“ von 1969 vorgegebene Zielsetzung eines hohen Beschäftigungsstandes zu erreichen, ist die Auflösung auch der Stillen Reserve nicht nur geboten, sondern in mittelfristiger Perspektive geradezu unvermeidlich. Schließlich wird bei einem möglichen Arbeitskräftemangel in den 90er Jahren auch dieser Teil des Arbeitskräftepotentials dringend benötigt.

Strukturen und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Hans-Uwe Bach, Lutz Reyher

1. Zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Hauptwirtschaftsbereichen

Die Erörterung der aktuellen Beschäftigungssituation soll hier vor allem auch mit einem Rückblick auf die Hauptentwicklungslinien in den vergangenen 25 Jahren verbunden werden. Dabei wird deutlich, welche beträchtlichen Verschiebungen z. B. in der Sektorenstruktur stattgefunden haben, denen in der öffentlichen Diskussion ein oft ganz unterschiedliches Maß an Aufmerksamkeit zuteil wird.

Tabelle 4 im Anhang zeigt zunächst die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den einzelnen Hauptwirtschaftsbereichen innerhalb dieses Zeitraums. Die Erwerbstätigenzahl insgesamt hatte ihren Höhepunkt mit 26,85 Mio. im Jahre 1973; sie lag in jenem Jahr um rd. 800 000 höher als 10 Jahre davor. Der erste große rezessive Einbruch zur Mitte der 70er Jahre wurde bis 1980 gut zur Hälfte wieder aufgeholt. Seitdem sank die Erwerbstätigenzahl erneut um 1,2 Mio. ab.

Völlig unterschiedlich war die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zwischen 1960 und 1984:

- Die Zahl der in der *Land- und Forstwirtschaft* Tätigen schrumpfte kontinuierlich um gut 2,2 Mio. bzw. über 60%. Im letzten Jahr hat sich dieser Rückgang allerdings nicht mehr fortgesetzt.
- Im *Warenproduzierenden Gewerbe* war die Beschäftigung zwischen 1960 und 1970 zunächst noch um rd. 1/2 Mio. Personen gestiegen. Danach nahm die Erwerbstätigenzahl hier um rd. 2,6 Mio. bzw. um 20% des Höchststandes von 1970 ab. Durchschlagend war die Entwicklung im *Verarbeitenden Gewerbe*, das heute nur noch knapp ein Drittel aller Arbeitsplätze stellt, gegenüber gut 38% vor 15 Jahren. Der starke Beschäftigungseinbruch zur Mitte der 70er Jahre wurde in den Jahren der gesamtwirtschaftlichen Erholung bis 1980 nicht wieder wettgemacht.

Einen starken und noch anhaltenden Schrumpfungsprozeß mit wiederholten kurzen Besserungsphasen erlebte auch das *Baugewerbe*, in dem die Zahl der Beschäftigten ebenfalls um ein Fünftel unter dem Stand von 1970 liegt. In absoluten Zahlen war der Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe freilich weitaus größer als im Baugewerbe.

- *Handel und Verkehr* zeichneten sich über den ganzen Zeitraum hinweg durch eine ausgeprägte Beschäftigungsstabilität aus: Bei nur relativ geringen Schwankungen zwischen den einzelnen Entwicklungsabschnitten liegt hier die Beschäftigtenzahl mit 4,7 Mio. noch immer fast auf dem Niveau von 1960. Diese Konstanz gilt sowohl für den Handel wie auch für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen.
- Die *privaten wie auch die öffentlichen Dienstleistungsbereiche* erhöhten über den gesamten Zeitraum hinweg ihre Beschäftigtenzahl und kompensierten damit teilweise auch die Rückgänge im primären und sekundären Bereich. Im tertiären Sektor insgesamt ist der Beschäftigtenstand in dieser Zeit um 3,23 Mio. (73%) auf insgesamt rund 7,7 Mio. gestiegen. Innerhalb des Privaten Dienstleistungsbereichs hat sich die Beschäftigtenzahl der Kreditinstitute und Versicherungen in dieser Zeit verdoppelt; allerdings ist dieser Prozeß schon um 1980 nahezu abgeschlossen gewesen. Auch bei den „Sonstigen Dienstleistungen“, einem sehr heterogenen Bereich, fand die starke Beschäftigungsexpan-

sion etwa gleichmäßig in den 2 Jahrzehnten vor 1980 statt. Aber auch danach wurden hier weitere Arbeitsplätze geschaffen, wenngleich nicht mehr im zuvor gewohnten Tempo.

Der „Staat“ beschäftigte im vergangenen Jahr knapp doppelt soviel Personen wie vor 25 Jahren. Dahinter steht vor allem der starke Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens. In den letzten Jahren hat die Beschäftigung allerdings auch hier stagniert.

Ausgehend von der oben beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ist – mit gewisser Differenzierung zwischen den beiden Varianten – folgende Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den *Hauptwirtschaftsbereichen* im Jahre 1985 zu erwarten: Der seit Jahren zu beobachtende Beschäftigungsrückgang in der *Land- und Forstwirtschaft* ist 1984 zum Stillstand gekommen. Hieran wird sich voraussichtlich 1985 kaum etwas ändern. Im *Warenproduzierenden Gewerbe* ist je nach gesamtwirtschaftlicher Entwicklung mit einem leichten Anstieg oder Rückgang der Beschäftigung zu rechnen (- 1/2 bis + 1/2%). Der voraussichtliche Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe wird hier tendenziell ausgeglichen durch die – auch durch Arbeitszeitverkürzung begünstigte – Zunahme der Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe. Von der mäßigen konjunkturellen Aufwärtstendenz im Jahr 1985 werden ebenfalls die Bereiche *Handel und Verkehr* profitieren, so daß dort die Beschäftigung leicht ansteigen wird (+ 0 bis + 1/2%). Wie in den letzten Jahren, so ist auch 1985 vom *Dienstleistungsbereich* ein erheblicher positiver Beitrag zur Beschäftigungsentwicklung zu erwarten (+ 1½ bis 2%). Beim *Staat* ist wieder mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung zu rechnen (+ 1/2%).

2. Gruppenspezifische Entwicklungen

Zeitgleich mit den langfristigen sektoralen Strukturverschiebungen haben sich auch andere Strukturveränderungen durchgesetzt (vgl. Tabelle 5). Besonders ausgeprägt war der absolute und relative Rückgang der Gruppe der *Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen*: Ihre Zahl hat sich seit 1960 nahezu halbiert, ihr Anteil sank von 23 auf knapp 13%. Der Großteil dieses Rückgangs war allerdings den mithelfenden Familienangehörigen (vor allem in der Landwirtschaft) zuzuschreiben. Ihre Zahl schrumpfte von 2,7 auf 0,9 Mio. Personen. Zu einem gewissen Teil verbirgt sich dahinter allerdings auch – bei unveränderter Tätigkeit – die Umwandlung in reguläre Arbeitnehmerverhältnisse. Die Zahl der Selbständigen ist nicht so stark zurückgegangen, immerhin aber auch um knapp 30% auf 2,37 Mio. Personen. In den letzten Jahren wurde dieser Prozeß durch die zunehmende Zahl ausländischer Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger gebremst.

Die Zahl der *beschäftigten Arbeitnehmer* lag im vergangenen Jahr mit 21,8 Mio. um rund 8% höher als 1960. Ihre Zahl war in den letzten 15 Jahren allerdings ausgeprägten Schwankungen ausgesetzt. Der erste starke Einbruch zur Mitte der 70er Jahre wurde bis zum Jahre 1980 mehr als ausgeglichen: In jenem Jahre lag auch mit 22,94 Mio. das absolute Maximum der Nachkriegszeit. Seitdem ist ihre Zahl jedoch wieder um mehr als 1 Mio. zurückgegangen.

Der Abbau der Beschäftigung im Arbeitnehmerbereich ging in den letzten 10 Jahren fast ausschließlich zu Lasten der *ausländischen Arbeitnehmer*: Sie wurden von den Beschäftigungseinbrüchen 1974/75 wie auch 1981/83 anteilmäßig wesentlich stärker betroffen als die Deutschen. Sie konnten in der dazwischenliegenden Zeit auch nur einen Teil dieses Rückgangs wieder aufholen, während die Zahl der deutschen Arbeitnehmer 1980 den Höchststand von 1973 sogar um 500 000 Personen übertraf. Auch 1984 nahm die Zahl der deutschen Arbeitnehmer schon wieder zu, während der Rückgang bei den Ausländern sich noch (abgeschwächt) fortsetzte.

Daraus ergibt sich, daß 1984 nur geringfügig weniger deutsche Arbeitnehmer beschäftigt waren als 1973, während die Zahl der abhängig beschäftigten Ausländer um 800 000 bzw. rd. ein Drittel niedriger lag. Dieser Rückgang verteilt sich etwa je zur Hälfte auf eine Abnahme des ausländischen Erwerbspersonenpotentials in der Bundesrepublik und auf den Anstieg der Unterbeschäftigung (Arbeitslose, Stille Reserve). Bei den Deutschen ist in der gleichen Zeit nur die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden um 850 000 zurückgegangen.²⁵⁾

Innerhalb der Arbeitnehmerschaft vollzog sich in diesem Zeitraum auch eine ausgeprägte Strukturveränderung im Hinblick auf die *Stellung im Beruf*. Die Arbeiter hatten 1960 noch 48% der Erwerbstätigen ausgemacht, nunmehr sind es weniger als 40%. Ihre absolute Zahl sank von damals 12,5 auf nunmehr unter 10 Mio. ab. Dem steht ein noch stärkerer Anstieg der Zahl und des Anteils der Angestellten und Beamten von 7,6 auf 11,9 Mio. bzw. von 29 auf 48% der Erwerbstätigen gegenüber.

Die Anteile von *Männern und Frauen* haben sich in diesem Zeitraum zugunsten der Frauen verschoben (vgl. Abschnitt 3).

Strukturwandel im Generationenwechsel

Das oben skizzierte beträchtliche Ausmaß des Strukturwandels innerhalb der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in einem solchen Zeitraum darf freilich nicht zu dem Fehlschluß führen, daß in dem gleichen Ausmaß tatsächlich Umsetzungen oder Wanderungen von Personen zwischen den Sektoren stattgefunden haben. Dies ist nur zum Teil der Fall. Zu einem beträchtlichen Teil löst sich der Strukturwandel daneben im Zuge der laufenden Zu- und Abgänge in das bzw. aus dem Erwerbspersonenpotential. Diese Zu- und Abgänge sind in erster Linie demografisch bedingt: Wie schon erwähnt, beginnen derzeit etwa 1,2 Mio. Personen jährlich nach Abschluß der Schule bzw. einer schulischen Ausbildung ihr Erwerbsleben. Hinzu kommt jährlich etwa eine halbe Million Personen, die nach längerer Unterbrechung (meist aus familiären Gründen) wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Schließlich beginnen auch jährlich mehrere 100 000 Personen hier in der Bundesrepublik Deutschland eine Erwerbstätigkeit, die zu diesem Zwecke eingereist sind. Ihre Zahl schwankt stark in den vergangenen 15 Jahren, betrug vor dem Anwerbestopp von 1973 rund 600 000 Personen, zuletzt aber immer noch rund 200 000 bis 300 000 Personen. Insgesamt sind so in diesem Zeitraum jährlich mehr als 2 Mio. Personen neu zum Erwerbspersonenpotential hinzugekommen, also rund 8% des jeweiligen Bestandes. In ähnlicher Größenordnung lagen die jährlichen

Abgänge aus dem Potential infolge Alters, Abwanderung oder Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Über diesen beträchtlichen, laufenden „Umschlag“ löst sich ein großer Teil des Strukturwandels mehr oder weniger reibungslos (vgl. Tabelle 3 im Anhang).

3. Arbeitsmarktbilanz für Frauen

Das Erwerbspersonenpotential der Deutschen ist seit 1973 kontinuierlich (wenn auch in den einzelnen Jahren in unterschiedlichem Ausmaß) um rd. 2 Mio. Personen angestiegen, darunter sind 1,2 Mio. Frauen. Dieser überproportionale Zuwachs beruht u. a. auf den zunehmenden Erwerbswünschen verheirateter Frauen. Auch bei den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern hat es solch eine Umschichtung zugunsten der Frauen gegeben, obwohl – vor allem auch im Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen – das Arbeitskräfteangebot bei ihnen 1984 niedriger ist als 1973 (vgl. Übersicht 3 und Tabellen 6a-6c im Anhang). Insgesamt ist zwischen 1970 und 1984 der Anteil der Frauen am Erwerbspersonenpotential um 3 Prozentpunkte auf rd. 39% angestiegen. Der damit verbundene „Angebotsdruck“ hat auch zu einer Erhöhung des Frauenanteils an den Erwerbstätigen geführt (im genannten Zeitraum um 2 Prozentpunkte auf rd. 38%), was angesichts der stets überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote der Frauen mitunter übersehen wurde. Immerhin waren trotz der Beschäftigungskrise 1984 ebensoviele Frauen erwerbstätig wie 1970, während es bei den Männern 1,4 Mio. Erwerbstätige weniger waren (vgl. Schaubild 3).

Allerdings hat sich diese Entwicklung nicht stetig vollzogen: Anteilzuwächse gab es vor allem in den Jahren der Beschäftigungsausweitung Anfang der 70er Jahre (vor allem in den Dienstleistungsbereichen), aber auch in den Rezessionen, weil die besonders konjunkturanfälligen Branchen (z. B. die Bauwirtschaft) bzw. Tätigkeiten (z. B. der ungelerten Arbeiter) einen hohen Männeranteil aufweisen. Dagegen veränderte sich der Frauenanteil in der zweiten Hälfte der 70er Jahre kaum.

Auch hat die Umschichtung bei den Erwerbstätigen den Veränderungen beim Arbeitskräfteangebot nicht in vollem Umfang entsprochen, mit der Folge einer überdurchschnittlichen Frauenarbeitslosigkeit und eines überdurchschnittlichen Anteils von Frauen an der Stillen Reserve. Dabei ist davon auszugehen, daß weitere Faktoren wie Bildungsstand, Veraltung von Qualifikationen durch Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, Wunsch nach Teilzeitarbeit und anderes in der Vergangenheit die relative Wettbewerbsfähigkeit von Frauen in vielen Teilarbeitsmärkten beeinträchtigt haben, soweit nicht bestimmte Berufsbereiche geschlechtsspezifisch „abgeschottet“ sind.

Auch in Zukunft wird der Anteil der Frauen am Erwerbspersonenpotential zunehmen²⁶⁾; insofern ist einerseits mit weiteren Umschichtungen zugunsten der Frauen auch bei den Erwerbstätigen zu rechnen. Andererseits dürfte – dadurch mitbedingt – auch die überdurchschnittliche Frauenarbeitslosigkeit erhalten bleiben. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen ist zwar in den letzten Jahren aus konjunkturellen Gründen auf knapp 44% zurückgegangen (1979: 52%). Die Arbeitslosenquote ist aber auch jetzt noch deutlich höher als die der Männer. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Selektionsprozessen vor allem bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen dürfte der Frauenanteil an den Arbeitslosen – wie schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre – wieder ansteigen.

²⁵⁾ Vgl. Autorengemeinschaft, a.a.O., S. 437 (Übersicht 1)

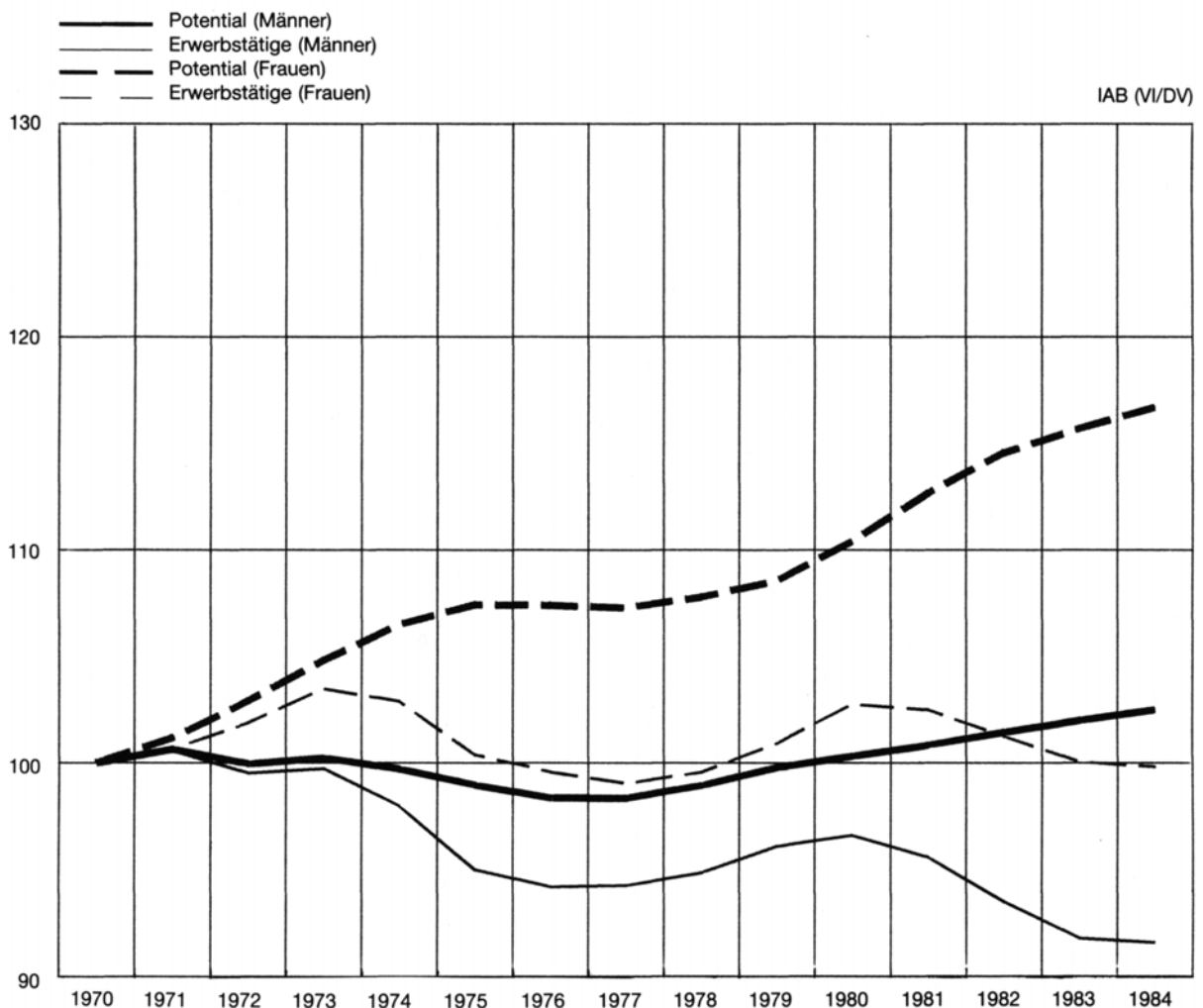
²⁶⁾ Vgl. Klauer W., P. Schnur, M. Thon, Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in diesem Heft. Dies trifft für alle 3 dort ausgewiesenen Modellvarianten zu.

Übersicht 3: „Arbeitskräftebilanz“ nach dem Inlands-(Beschäftigungsorts-)konzept – Frauenanteile in % –

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984P
Erwerbspersonenpotential															
Insgesamt	36,0	36,1	36,7	37,0	37,5	37,9	38,0	38,0	38,0	37,9	38,2	38,6	38,8	38,9	39,0
Deutsche	36,5	36,7	37,3	37,7	38,1	38,4	38,5	38,5	38,5	38,4	38,8	39,2	39,4	39,5	39,5
Auslaender	29,1	28,6	29,3	30,0	31,6	32,7	32,3	32,3	32,1	32,3	31,8	32,0	32,5	32,7	32,6
Erwerbstaetige															
Insgesamt	36,0	36,0	36,5	36,8	37,1	37,3	37,3	37,1	37,1	37,1	37,4	37,6	37,8	38,0	38,0
Deutsche	36,5	36,6	37,2	37,5	37,7	37,8	37,8	37,6	37,6	37,6	38,0	38,2	38,4	38,5	38,5
Auslaender	29,1	28,5	29,2	29,9	31,0	31,6	31,3	31,2	31,0	31,2	30,9	30,6	30,9	31,3	31,1
Registrierte Arbeitslose															
Insgesamt	37,6	45,4	43,1	45,4	44,3	42,1	46,6	49,7	50,8	52,4	52,0	48,7	44,3	43,6	43,6
Deutsche	37,5	45,1	42,8	45,1	44,4	42,7	47,0	50,1	51,5	53,1	53,2	49,8	45,3	44,6	44,6
Auslaender	40,0	50,0	47,1	50,0	43,5	38,4	43,4	45,9	44,2	46,2	43,0	41,1	37,8	37,0	36,7
Stille Reserve															
Insgesamt	0,0	78,6	65,8	67,8	70,2	66,1	57,2	55,4	53,5	52,2	52,4	55,2	54,9	50,6	50,4
Deutsche	0,0	78,6	65,8	67,8	70,8	66,7	57,7	55,8	54,2	52,9	53,5	56,6	55,8	51,0	50,8
Auslaender	0,0	0,0	0,0	0,0	65,0	62,0	51,1	50,0	46,7	46,2	43,3	45,8	48,7	46,7	46,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; (eigene Berechnungen des IAB)
P = vorläufig

Schaubild 3: Erwerbspersonenpotential und Erwerbstaetige (1970 = 100)



Dabei ist allerdings auch die weitere Entwicklung der *Teilzeitarbeit* von Bedeutung, die nach wie vor fast ausschließlich eine „Frauendomäne“ ist (vgl. Übersicht 10):

Nachdem der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Arbeitnehmern bzw. an den abhängig beschäftigten Frauen bis Anfang der 70er Jahre rapide gestiegen war, gab es seitdem, wenn überhaupt, nur noch vergleichsweise geringe Zuwächse. Erst im Jahre 1983 ist hier die Entwicklung weiter vorangekommen.²⁷⁾

Sollte sich die Teilzeitbeschäftigung weiterhin ausweiten, dürfte dies auch mit zu einer relativen Verbesserung der Beschäftigungslage von Frauen beitragen, und zwar auch dann, wenn es – wie anzustreben – gelingt, zunehmend Männern Teilzeitarbeitsplätze anzubieten, weil dies sicherlich nicht schlagartig den überproportionalen Anteil von Frauen an der Teilzeitarbeit beseitigen würde.

Jahresarbeitszeit und Arbeitsvolumen

Hans Kohler, Lutz Reyher

1. Entwicklung der Arbeitszeit

Die durchschnittliche effektive Jahresarbeitszeit der *Erwerbstätigen* hat sich seit dem Jahre 1980 im Vergleich zu den Jahren davor nur noch wenig verändert. Während die durchschnittliche jährliche Verringerung in den Kalenderjahren von 1960-1980 bei etwa 1% lag, betrug sie seitdem nur noch 0,4%. 1985 wird die effektive Jahresarbeitszeit - zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder - um mehr als 1% abnehmen (vgl. Tabelle 1).

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der beschäftigten *Arbeitnehmer* ist im gleichen Maße zurückgegangen. Sie belief sich 1984 auf 1676 Arbeitsstunden. In diesem Jahr wird sie – vor allem infolge der letztjährigen Tarifabschlüsse und eines ausgeprägten Kalendertageeffekts – auf weniger als 1650 Stunden (Variante I) sinken (vgl. Tabelle 2).

Hauptkomponente: Tarifentwicklung

Effektive und tarifliche Jahresarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten haben sich in den letzten 25 Jahren annähernd gleich entwickelt, d. h. die tariflichen Vorgaben haben letztlich die effektive Arbeitszeitentwicklung bestimmt (vgl. Schaubild 4). Konjunkturelle Ausschläge der effektiven Arbeitszeit nach oben (Überstunden) wie auch nach unten (Kurzarbeit) haben diese Parallelität immer nur kurzzeitig gestört.

Die Abnahme der tariflichen Jahresarbeitszeit um gut 17% (bzw. rd. 360 Arbeitsstunden) zwischen 1960 und 1984 war zu etwa 70% der Verkürzung der Wochenarbeitszeit zuzuschreiben. Der Rest geht auf die Urlaubsverlängerung zurück. Allerdings hatten die meisten Arbeitnehmer zur Mitte der 70er Jahre bereits die 40-Stunden-Woche erreicht (vgl. Übersicht 4).

Ab dem 1. Oktober 1984 brachte der Tarifabschluß in der Eisen- und Stahlindustrie für ca. 180000 Beschäftigte die

²⁷⁾ Sowohl der Mikrozensus (EG-Stichprobe) als auch die Beschäftigtenstatistik der BA lassen solch einen Anstieg erkennen. Vgl. auch Übersicht 10.

Übersicht 4: Tarifvertragliche regelmäßige Wochenarbeitszeit

Jahr ¹⁾	Eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von									Durchschnittliche Wochenarbeitszeit
	38/38,5	40	41	41,5	42	42,5	43	44	45	
	Stunden hatten . . . % der tariflich erfaßten Arbeitnehmer ³⁾									Stunden
1973	–	68,9	2,9	3,9	15,8	1,8	1,9	1,5	3,3	40,74
1974	–	87,1	1,8	1,6	3,2	0,5	1,9	2,8	1,1	40,34
1975	–	90,6	1,6	0,7	1,5	0,4	1,6	2,7	0,9	40,27
1976	–	91,5	0,9	0,5	2,0	0,4	1,3	2,8	0,6	40,24
1977	–	92,2	1,0	0,4	2,2	0,4	1,7	1,6	0,5	40,21
1978	–	92,6	1,5	0,4	2,5	0,4	2,1	0,4	0,1	40,17
1979	–	93,5	1,4	0,2	2,5	0,4	1,9	–	0,1	40,14
1980	–	94,0	1,4	–	3,5	0,4	0,7	–	–	40,12
1981	–	94,9	2,4	0,1	2,2	0,3	0,1	–	–	40,08
1982	–	96,3	3,1	–	0,3	0,3	–	–	–	40,04
1983	–	98,8	1,1	–	0,0	0,1	–	–	–	40,01
1984	1,1	98,9	–	–	0,0	0,0	–	–	–	39,98
1985 ²⁾	25	75	–	–	–	–	–	–	–	39,60

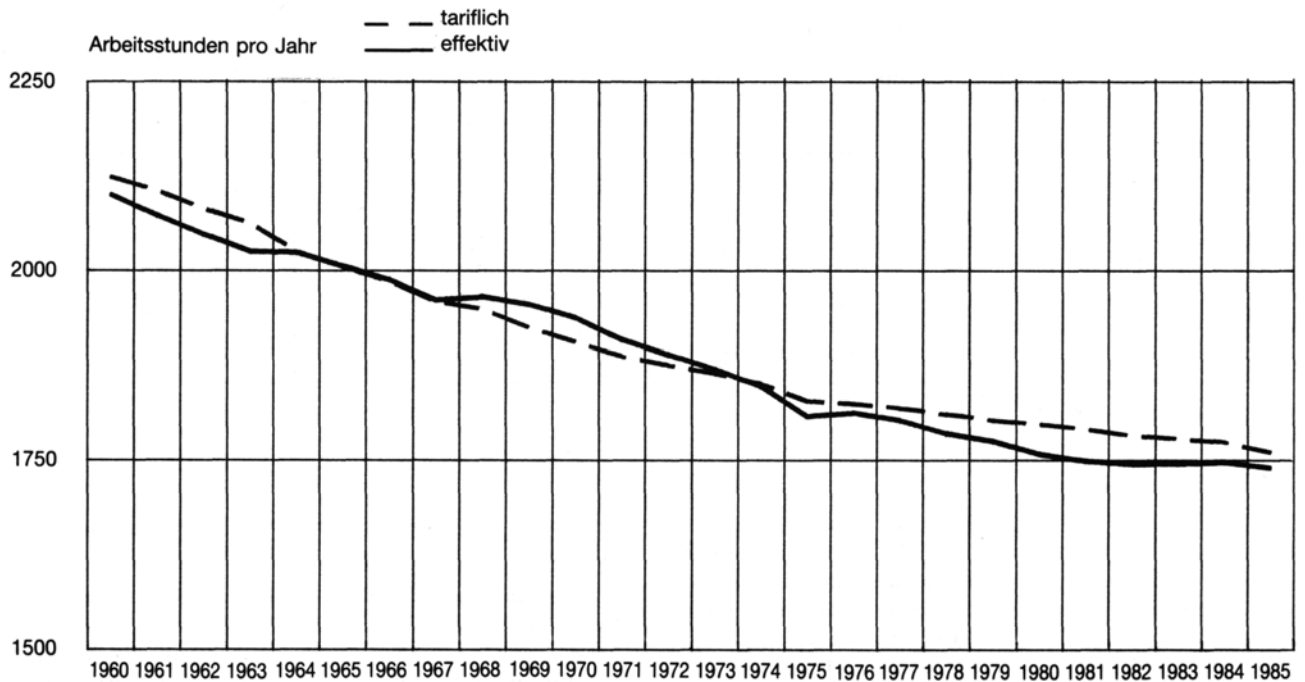
¹⁾ Stand Oktober

²⁾ Schätzung des IAB

³⁾ Bezogen auf den Geltungsbereich der Tarifverträge (ca. 17 Mill. vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer)

Quelle: Bundesarbeitsblatt 3/1985, BMA

Schaubild 4: Entwicklung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer von 1960 bis 1985* (arbeitstägig bereinigt)



* 1984 und 1985 vorläufige Zahlen bzw. Schätzungen
Quelle: IAB

38-Stunden-Woche. Ab dem 1. April 1985 sind weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeit in neuen Tarifverträgen festgelegt worden, und zwar in der Metallindustrie für ca. 3,6 Mio. Arbeitnehmer, in der Druckindustrie für ca. 180 000 Arbeitnehmer und in der Holzindustrie für etwa 15 000 Arbeitnehmer. Durch diese Wochenarbeitszeitverkürzungen – verbunden mit einer in ihrer konkreten Ausgestaltung noch nicht überschaubaren Flexibilisierung – für etwa 4 Mio. Arbeitnehmer und durch das allmähliche Annähern des *tariflichen Jahresurlaubsanspruches* für alle Arbeitnehmer an den Sechswochen-Zeitraum wird sich 1985 - arbeitstägig bereinigt – die tarifliche Jahresarbeitszeit um 0,7% oder gut 12 Stunden verringern. Davon werden etwa 10 Stunden auf die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit entfallen. Umgerechnet auf alle Arbeitnehmer wird dadurch im Jahresdurchschnitt 1985 voraussichtlich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Arbeitnehmer nur noch bei 39,8 Stunden liegen (vgl. Tabelle 2).

Der *durchschnittliche Erholungsurlaub der Arbeitnehmer* (einschl. Sonderurlaub) dürfte 1985 bei knapp 30 Arbeitstagen liegen. Er hat sich somit seit 1960 verdoppelt. Im Jahre 1985 dürften über 70% der Arbeitnehmer schon einen normalen Erholungsurlaubsanspruch von sechs Wochen und mehr haben (vgl. Übersicht 5).

Zu den konjunkturellen Bestimmungsfaktoren der Jahresarbeitszeit

Die von der konjunkturellen Entwicklung abhängigen Faktoren der Jahresarbeitszeit sind hauptsächlich *die Kurzarbeit und die durchschnittlich geleisteten Mehrarbeitsstunden* (Überstunden), aber auch der durchschnittliche Krankenstand hat eine konjunkturelle Komponente.

Im Zuge der konjunkturellen Erholung im Jahre 1984 hat sich die *Kurzarbeiterzahl* gegenüber 1983 um 291 000 Per-

sonen oder 43% auf 384 000 verringert. Die bei der Inanspruchnahme von Kurzarbeit im Jahre 1984 durchschnittlich ausgefallene betriebsübliche Arbeitszeit betrug gut 34%. Besonders auffällig ist der Anstieg des Anteils der Kurzarbeit im Baugewerbe (mit erfahrungsgemäß überdurchschnittlichen Ausfallzeiten) von 4% (1975) auf 22% (1984). Für das Jahr 1985 wird im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit von einer Kurzarbeiterzahl von etwa 400 000 ausgegangen.

Übersicht 5: Tarifvertragliche Urlaubsdauer

Jahr	Anspruch auf eine Urlaubsdauer von				Durchschnittliche Urlaubsdauer
	3 bis unter 4 Wochen	4 bis unter 5 Wochen	5 bis unter 6 Wochen	6 Wochen u. mehr	
	hatten . . . % der tariflich erfaßten Arbeitnehmer				Arbeitstage = 5 Tage je Woche
1974	15	60	25	0	22½
1975	15	55	30	0	23
1976	15	49	36	0	23½
1977	12	49	39	0	24
1978	9	42	49	0	24½
1979	6	33	59	2	25
1980	5	22	69	4	26
1981	4	19	52	25	27
1982	4	13	45	38	28
1983	4	10	39	47	28½
1984	2	7	33	58	29
1985 ¹⁾	.	3	25	72	29½

¹⁾ Schätzung des IAB
Quelle: Bundesarbeitsblatt 3/1985, BMA

Übersicht 6: Durchschnittliche Mehrarbeitsstunden – pro Woche von Arbeitern – nach dem Geschlecht und nach Leistungsgruppen in der Industrie (incl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) von 1970 bis 1984

Jahresdurchschnitt	Männliche Arbeiter				Weibliche Arbeiter				Alle Arbeiter
	der Leistungsgruppe			Zus.	der Leistungsgruppe			Zus.	
	1	2	3		1	2	3		
1970	4,7	4,4	4,1	4,5	0,8	1,0	1,2	1,2	3,8
1975	2,4	2,1	2,1	2,3	0,5	0,4	0,5	0,5	1,9
1980	2,5	2,2	2,2	2,3	0,5	0,4	0,5	0,5	2,0
1981	2,2	1,9	1,9	2,1	0,4	0,3	0,4	0,4	1,7
1982	1,9	1,6	1,7	1,8	0,4	0,3	0,4	0,3	1,5
1983	1,8	1,6	1,7	1,7	0,4	0,3	0,4	0,4	1,5
1984	1,8	1,7	1,7	1,8	0,4	0,4	0,5	0,4	1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16)

Die durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden aller Arbeitnehmer haben sich seit dem Jahre 1970 fast kontinuierlich verringert. Die jeweiligen konjunkturellen Zunahmen waren damals selbst in konjunkturell guten Jahren nur noch schwach ausgeprägt. Die Zahl der Überstunden dürfte im Jahre 1984 und 1985 nicht mehr weiter zurückgehen (vgl. Tabelle 2). Bei den Mehrarbeitsstunden im Verarbeitenden Gewerbe ergeben sich deutliche Unterschiede nach dem Geschlecht und nach Industriezweigen, jedoch kaum mehr nach Leistungsgruppen (vgl. Übersicht 6).

So leisteten im Jahresdurchschnitt 1984 die männlichen Arbeiter hier 1,8 Überstunden pro Woche, die Frauen dagegen nur 0,4. Nach Industriezweigen wurden vor allem im Jahresdurchschnitt 1984 relativ viele Überstunden bei den Männern in der NE-Metallerzeugung (2,3 Std. pro Woche), in der Industrie der Steine und Erden (3,5), in der Pappe- und Papiererzeugung (3,5), im Stahl- und Leichtmetallbau (2,4) und in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (2,4) geleistet sowie in einigen besonders kampagneabhängigen Industriezweigen (Obst- und Gemüseverarbeitung 5,3).

Weitere Komponenten der effektiven Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer

Niveau und Entwicklung des durchschnittlichen Krankenstandes werden im Zeitablauf offensichtlich prozyklisch von der gesamtwirtschaftlichen Situation mitbestimmt. So ist der durchschnittliche Krankenstand, der 1980 auf dem Niveau von 1960 lag, zwischen den Jahren 1980 bis 1983 um fast 24% gesunken, jedoch im Jahre 1984 wieder leicht angestiegen (vgl. Tabelle 2, Sp. 14-16).

Rd. 540 000 Arbeitnehmer beteiligten sich im Jahre 1984 an Streiks bzw. wurden ausgesperrt. Der Schwerpunkt der Arbeitskämpfe lag im zweiten Quartal 1984. Hauptsächlich fanden die Streiks und Aussperrungen 1984 in der Metallindustrie und hier wiederum im Straßenfahrzeugbau und seinen Zulieferern sowie in der Druckindustrie statt (vgl. Übersicht 7).

Durch die Arbeitskämpfe gingen im Jahr 1984 insgesamt 5,6 Mio. Arbeitstage verloren, darunter 2,9 Mio. durch Streiks und 3,6 Mio. durch Aussperrung (wobei in einem Teil der Fälle Arbeitnehmer von beiden Maßnahmen gleichzeitig betroffen waren). Auf das gesamtwirtschaftliche jährliche Arbeitsvolumen bezogen (1984: rd. 43,2 Mrd. Arbeitsstunden) machten die direkt durch Arbeitskämpfe ausgefallenen

Arbeitsstunden in Höhe von etwa 45 Mio. Stunden nur 0,1% aus.

Zu diesen Ausfallstunden durch Streiks/Aussperrungen kamen noch etwa 11 Mio. Ausfallstunden durch Inanspruchnahme von Kurzarbeit der vom Arbeitskampf indirekt betroffenen Betriebe mit etwa insgesamt 110 000 Arbeitnehmern (im Jahresdurchschnitt ca. 10 000 Arbeitnehmer) hinzu.

In den hauptsächlich von den Arbeitskämpfen tangierten Industriezweigen (Straßenfahrzeugbau, Druckindustrie) schlugen die Arbeitszeitausfälle freilich stärker zu Buche. So machte der Zeitausfall im Straßenfahrzeugbau, dessen Jahresarbeitsvolumen auf gut 1,3 Mrd. Stunden zu veranschlagen ist, mit insgesamt rund 27 Mio. ausgefallenen Arbeitsstunden gut 2% des Jahresarbeitsvolumens aus. Die entsprechende Zahl für das Druckereigewerbe ist auf 0,8% zu veranschlagen.

Es stellt sich unter anderem nun die Frage, inwieweit diese Ausfälle endgültiger Natur waren bzw. in welchem Umfang sie nach Beendigung der Arbeitskämpfe aufgeholt wurden und in welcher Form dies geschah. Allerdings ist ein vollständiges und unzweifelhaftes Bild hierüber nicht leicht zu gewinnen. Hierzu bedürfte es nämlich der Abschätzung der Entwicklung in diesen Bereichen, die ohne die Arbeitskämpfe eingetreten wäre. Dies ist aber z. B. im Falle des Straßenfahrzeugbaus angesichts der Unregelmäßigkeiten

Übersicht 7: Streiks und Aussperrungen im 2. Quartal 1984 in den Wirtschaftszweigen Straßenfahrzeugbau und Druck sowie in der Gesamtwirtschaft

Wirtschaftszweige	Betroffene Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage	Verlorene Arbeitsstunden – 1000 –
Straßenfahrzeugbau	243 094	3 359 233	26 874
Druck	75 140	234 926	1 879
Übrige Wirtschaftszweige	163 283	1 835 351	14 683
insgesamt	481 517	5 429 510	43 436

Quelle: ANBA Nr. 9/1984. Von Streik und Aussperrung gleichzeitig Betroffene sind nur einmal berücksichtigt.

Übersicht 8: Entwicklung von Beschäftigung, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen im Straßenfahrzeugbau, in der Druckindustrie und in der Industrie insgesamt nach ausgewählten Monaten 1983/84 (in % gegen Vorjahreszeitraum) – arbeitstäglich bereinigt –

Industriezweige	Mai/Juni 84				August bis November 84			
	Beschäftigte	Arbeiter	durchschnittliche Arbeiterstunden	Arbeitsvolumen (Arbeiter)	Beschäftigte	Arbeiter	durchschnittliche Arbeiterstunden	Arbeitsvolumen (Arbeiter)
Straßenfahrzeugbau	+ 0,4	+ 0,4	- 27,3	- 27,0	+ 2,0	+ 2,2	- 0,3	+ 1,8
Druckindustrie	- 1,7	- 1,8	- 4,4	- 6,1	- 0,8	- 1,1	- 1,0	- 2,1
Industrie insgesamt	- 1,3	- 1,4	- 3,7	- 5,1	- 0,5	- 0,5	+ 0,7	+ 0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 4.1.1)

schon in der Auftragsentwicklung im Jahresablauf kaum möglich. Immerhin geben die vorliegenden Statistiken doch einige Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Fragen. So zeigt die Übersicht 8, in welchem Maße in den Monaten des Arbeitskampfes (Mai/Juni) bei leicht ansteigender Beschäftigtenzahl (im Vorjahresvergleich) die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter und damit ihr gesamtes Arbeitsvolumen zurückgegangen sind. Soweit die Zeit nach Beendigung dieses Arbeitskampfes statistisch gegenwärtig belegt ist (August bis November einschl.), läßt sich in diesem Zeitraum ein deutlicher Anstieg des Arbeitsvolumens gegenüber dem Vorjahr erkennen. Dabei hat dieser Anstieg sich weit überwiegend in Form einer Zunahme der Beschäftigten- bzw. Arbeiterzahl um mehr als 2% ergeben, die durchschnittliche Arbeitszeit lag dagegen weiterhin geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die Statistiken der geleisteten Mehrarbeitsstunden zeigen ein Verlaufsbild über dieses Jahr hin, das sich plausibel hierzu verhält. Die Zahl der durchschnittlich von den Arbeitern im Straßenfahrzeugbau je Woche geleisteten Mehrarbeitsstunden, die noch zu Jahres-

beginn leicht über dem Vorjahr gelegen hatte, ging dann in der Zeit der Arbeitskämpfe unter das Vorjahresniveau zurück, um dann zum Herbst hin erneut, aber nur leicht verstärkt zuzunehmen. Im Jahresdurchschnitt wurden in diesem Industriezweig nicht mehr Überstunden je Beschäftigten geleistet als 1983. Wenn es auch nicht möglich ist, die Produktions- und Beschäftigungsentwicklung in diesem Bereich in der zweiten Jahreshälfte 1984 zu unterteilen in einen „Status-Quo-Teil“ und in einen „Nachhol-Effekt“ – die tatsächliche Entwicklung ist sicherlich eine Mischung beider Komponenten –, so bleibt doch festzustellen, daß die Arbeitszeitausfälle der Arbeitskampfmonate nur zu einem geringen Teil durch Überstunden ausgeglichen worden sind.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Druckindustrie. Hier lag die durchschnittlich geleistete Überstundenzahl im vierten Quartal 1984 sogar unter dem Vorjahr, ebenfalls bei gleichzeitiger Besserung in der Entwicklung der Beschäftigtenzahl (vgl. Übersicht 9).

Übersicht 9: Entwicklung der durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden nach Quartalen 1983 und 1984 im Straßenfahrzeugbau, im Druck- und Vervielfältigungsgewerbe sowie in der Industrie insgesamt*) – durchschnittliche Stunden pro Woche

Jahr	Monat	Industrie insges.		darunter			
		durchschnittliche Std./Arbeiter	Veränd. gegen Vj. (Std.)	Straßenfahrzeugbau		Druck-, Vervielfältigung	
				durchschnittliche Std./Arbeiter	Veränd. gegen Vj. (Std.)	durchschnittliche Std./Arbeiter	Veränderung gegen Vorjahr (Std.)
1983	Januar	1,2	- 0,4	0,9	- 0,4	1,5	+ 0,2
	April	1,5	0	1,3	+ 0,3	2,0	+ 0,4
	Juli	1,6	0	1,2	+ 0,1	1,9	+ 0,4
	Oktober	1,7	+ 0,2	1,3	+ 0,4	2,3	+ 0,6
	Jahresdurchschnitt	1,5	- 0,1	1,2	+ 0,1	1,9	+ 0,3
1984	Januar	1,4	+ 0,2	1,1	+ 0,2	1,9	+ 0,4
	April	1,5	0	0,9	- 0,4	1,9	- 0,1
	Juli	1,5	- 0,1	0,9	- 0,3	1,9	0
	Oktober	1,8	+ 0,1	1,8	+ 0,5	2,0	- 0,3
	Jahresdurchschnitt	1,5	0	1,2	0	1,9	0

*) ohne Bauindustrie

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16)

Die nüchterne Analyse dieser Zusammenhänge stößt auf nicht geringe Probleme in der Datenlage und Methodik. Unanfechtbare Informationen über die tatsächlichen Auswirkungen auf der Mikro-Ebene (Betriebe) stehen kaum zur Verfügung. Der Öffentlichkeit bekannte einzelbetriebliche Aussagen hierzu ergeben ein sehr uneinheitliches und widersprüchliches Bild: Es zeigt Beschäftigungseffekte zwischen 0 und 100%. Statistisch-ökonomische Analysen und Modellsimulationen auf der Makro-Ebene (Wirtschaftszweige, Gesamtwirtschaft) führen ebenfalls nicht immer zu gleichen oder gleichartigen Ergebnissen. Hilfsweise werden Unternehmensbefragungen über mußmaßliche Reaktionen herangezogen, deren Ergebnisse jedoch nicht selten von der Formulierung der entsprechenden Fragen mitbestimmt sind.

Das IAB hat zu dieser Frage bislang eine mittlere Position vertreten. Sie deckt sich mit den Ergebnissen eigener wie auch anderer breit angelegter Unternehmensbefragungen, mit denen ökonomischer ex-post-Analysen und tendenziell mit der Summe von betrieblichen Einzelangaben in der Öffentlichkeit. Die Annahme, daß Verkürzungen der tariflichen Jahresarbeitszeit im Durchschnitt etwa zur Hälfte in zusätzliche Produktivitätssteigerung und zur anderen Hälfte in einen positiven Beschäftigungseffekt umgesetzt werden, kommt unserer Einschätzung nach der Realität am nächsten. Eine Annahme dieser Art liegt dementsprechend auch unserer Vorausschätzung der Arbeitsmarktentwicklung in diesem Jahr zugrunde.

Freilich bedürfen Annahmen, die sich vorwiegend auf bisherige Erfahrungen stützen, stets der Überprüfung, zumal wenn sich der Erfahrungsgegenstand ändert. Ob und in welchem Ausmaß dies gegenwärtig der Fall ist, in dem Arbeitszeitverkürzung mit Arbeitszeitflexibilisierung und -differenzierung in einem bislang nicht beobachteten Maße zusammentreffen, gilt es zu prüfen. Das IAB wird dementsprechend alle verfügbaren Mittel und Wege nutzen, um herauszufinden, wie die neuen Tarifvereinbarungen in die betriebliche Wirklichkeit umgesetzt werden und welche Auswirkungen hiervon auf die Beschäftigtenzahl ausgehen. Dies wird angesichts der gegebenen und voraussehbaren Datenlage nicht einfach sein. Zu wünschen bleibt, daß alle, die an einer Klärung dieser Fragen interessiert sind, nach Kräften hierzu auch beitragen.

3. Zur Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens und der Produktivität

Die von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden sind von 1970 bis 1984 um 8,07 Mrd. Stunden oder um 16% gesunken. Zwei Drittel dieses Rückgangs entfielen dabei auf

²⁸⁾ Regressionsanalyse der Quartalsentwicklung von Arbeitsvolumen und realem Bruttoinlandsprodukt. Die Ergebnisse der Kurzfristanalyse und der Langfristanalyse sind konsistent. Beide implizieren näherungsweise die gleiche Arbeitsvolumenschwelle. Vgl. Klauer W., P. Schnur, M. Thon, Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre – Neue Modellrechnungen für Potential und Bedarf an Arbeitskräften, in diesem Heft (Abschnitt 3.2)

die effektive Jahresarbeitszeit und ein Drittel auf die Verringerung der Erwerbstätigenzahl.

Die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens wird bestimmt durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums. Wie das Wirtschaftswachstum, so hat sich in den letzten zehn Jahren auch der Anstieg der Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je geleistete Beschäftigtenstunde) verlangsamt. Der geringste jahresdurchschnittliche Zuwachs war im Rezessionsjahr 1982 mit + 0,6% zu verzeichnen.

Die *Produktivitätsentwicklung* wiederum wird durch konjunkturelle und langfristig wirksame Einflüsse bestimmt. Diese – sich überlagernden – Einflüsse können zeitreihenanalytisch isoliert und quantifiziert werden.²⁸⁾ Bei einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von rd. 2% im Durchschnitt der Jahre 1973-1983 betrug der Produktivitätsanstieg rd. 3/2%. Jeder Prozentpunkt Realwachstum mehr bzw. weniger bewirkte *im Durchschnitt* etwa zur Hälfte auch eine Beschleunigung bzw. Verlangsamung des Produktivitätswachstums.

Diese Schätzergebnisse können allerdings nur für Perioden Gültigkeit beanspruchen, in denen annähernd gleiche Bedingungen herrschen wie im Analysezeitraum. Etwa eintretende Strukturbrüche (z. B. infolge durchgreifender Verhaltensänderungen der Akteure am Arbeitsmarkt oder nachhaltig veränderte Wachstumsbedingungen) würden zu Korrekturen Anlaß geben.

Da die aus heutiger Sicht realistisch erscheinenden Wachstumsaussichten auf kurze wie auf mittlere Sicht etwa dem Wachstumstrend der Jahre 1973-1983 entsprechen, wurde die folgende Prognose der Arbeitsvolumenentwicklung auf der Grundlage der für diesen Zeitraum geschätzten Parameterwerte vorgenommen. Hierbei ist berücksichtigt, daß Anpassungen des Arbeitsvolumens im zyklischen Verlauf, im Aufschwung wie im Abschwung, in der Regel zeitlich verzögert erfolgen.

1985 wird das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen unter den Wachstums-Annahmen beider Varianten (2 und 3% Bruttoinlandsprodukt-Zuwachs) schrumpfen: Für *Variante I* (2% Realwachstum des Bruttoinlandsprodukts) ergibt sich rechnerisch ein Zuwachs der Arbeitsproduktivität von 2,7%. Als Sondereinfluß ist aber 1985 zusätzlich der produktivitätssteigernde Effekt der Wochenarbeitszeitverkürzung und der Vorruhestandsregelungen zu berücksichtigen. Er wird mit 0,3 Prozentpunkten veranschlagt, das ist rund die Hälfte der dadurch bedingten Arbeitsvolumenminderung. Für 1985 ist somit insgesamt ein Anstieg der Produktivität um 3% zu erwarten. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen würde dann um 1% schrumpfen. Für die *Variante II* (bei 3% Realwachstum) errechnet sich – bei analogen Überlegungen – ein Produktivitätsanstieg um 3½%. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen würde dann um ½% schrumpfen (siehe hierzu das Alternativen-tabelleau in Übersicht 1).